

hayekforum

magazin für die freiheit

**Ron Paul erhält die
Hayek-Medaille 2026**

Prof. Dr. Karl-Friedrich Israel

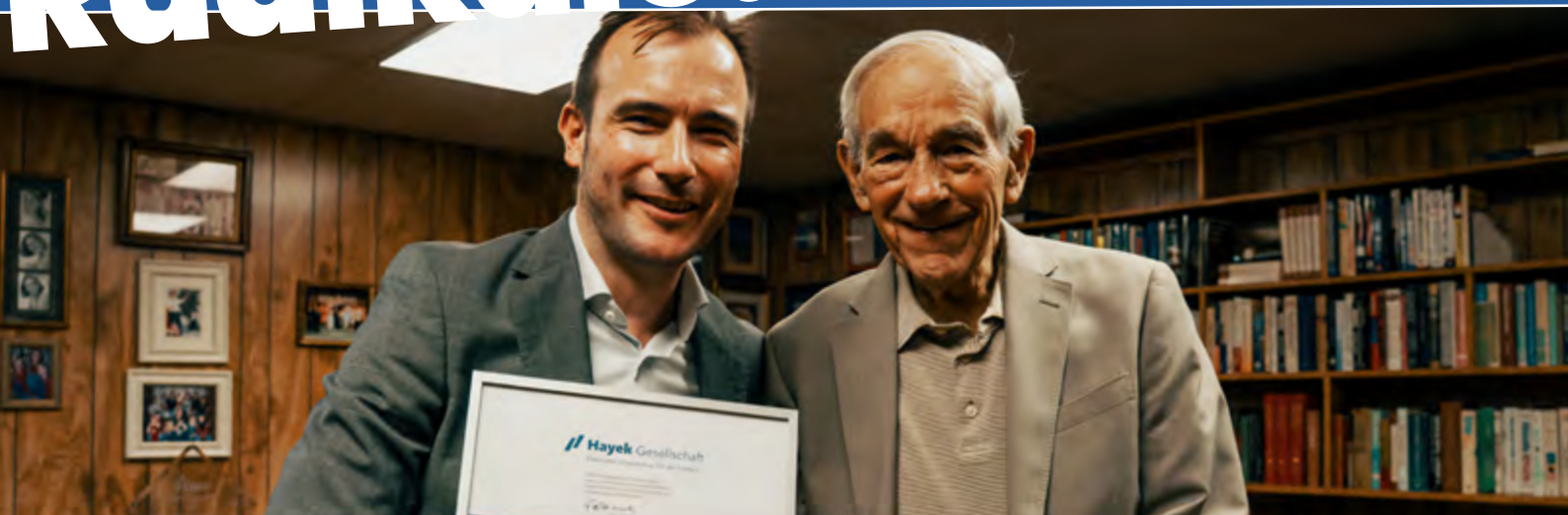
**Der Souverän
muss handeln**

Benjamin Berndt

**Hayek regional:
Community vor Ort**

Christian Langer & Steve Palaser

Braucht Freiheit Radikale?



IMPRESSUM:

hayekforum

Herausgegeben von der
Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V.
Albrechtstraße 11
D 10117 Berlin

Redaktion:

Nickolas Emrich (V. i. S. d. P.)
Johannes Koberstein
Christian Langer
Steve Palaser
Ralf M. Ruthardt

Layout & Gestaltung: Ralf M. Ruthardt

Redaktionsanschrift:

Hayek-Gesellschaft
Albrechtstraße 11
D 10117 Berlin
Kontakt: magazin@hayek.de
<https://hayek.de>

© Hayek-Gesellschaft | 01.10.2026

Diese Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Die Rechte an Fotografien, Gemälden, Grafiken und Illustrationen liegen, soweit nicht anders gekennzeichnet, bei den genannten Personen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausdrücklich nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Hayek-Gesellschaft wieder.



ISSN (online) 3053-2485
ISSN (Print) 3053-4224

Abonnieren Sie kostenlos die Online-Ausgabe (PDF) des Magazins: <https://hayek.de>

hayekforum

magazin für die freiheit

Inhalt

EDITORIAL 4

Prof. Dr. Stefan Kooths

Ron Paul erhält 6 die Hayek-Medaille

Prof. Dr. Karl-Friedrich Israel

Verteidigung des 14 Minimalstaats

Adrian Pfranger

Ökonomik, Geopolitik und 24 das Sicherheitsdilemma

Prof. Dr. Erich Weede

Freiheit wird nicht abgeschafft – 32 sie wird konfiguriert

Christophe Lüttmann

Demokratie braucht Widerspruch 36

Roman Zeller

Der Souverän muss handeln 40

Benjamin Berndt

Bitcoin, Freiheit und die Grenzen 46 staatlicher Macht

Joana Cotar & Prof. Götz Piwinger

Rubrik: Hayek regional 54

Moderation: Christian Langer &
Steve Palaser

Kolumne: „Hayek und mehr“ 60 Gegen die Anmaßung des Wissens

Prof. Dr. Michael Esfeld & Christian Langer

Rubrik: Das Buch 66

Unternehmen als Generationenprojekt

Rezension von Christian Langer

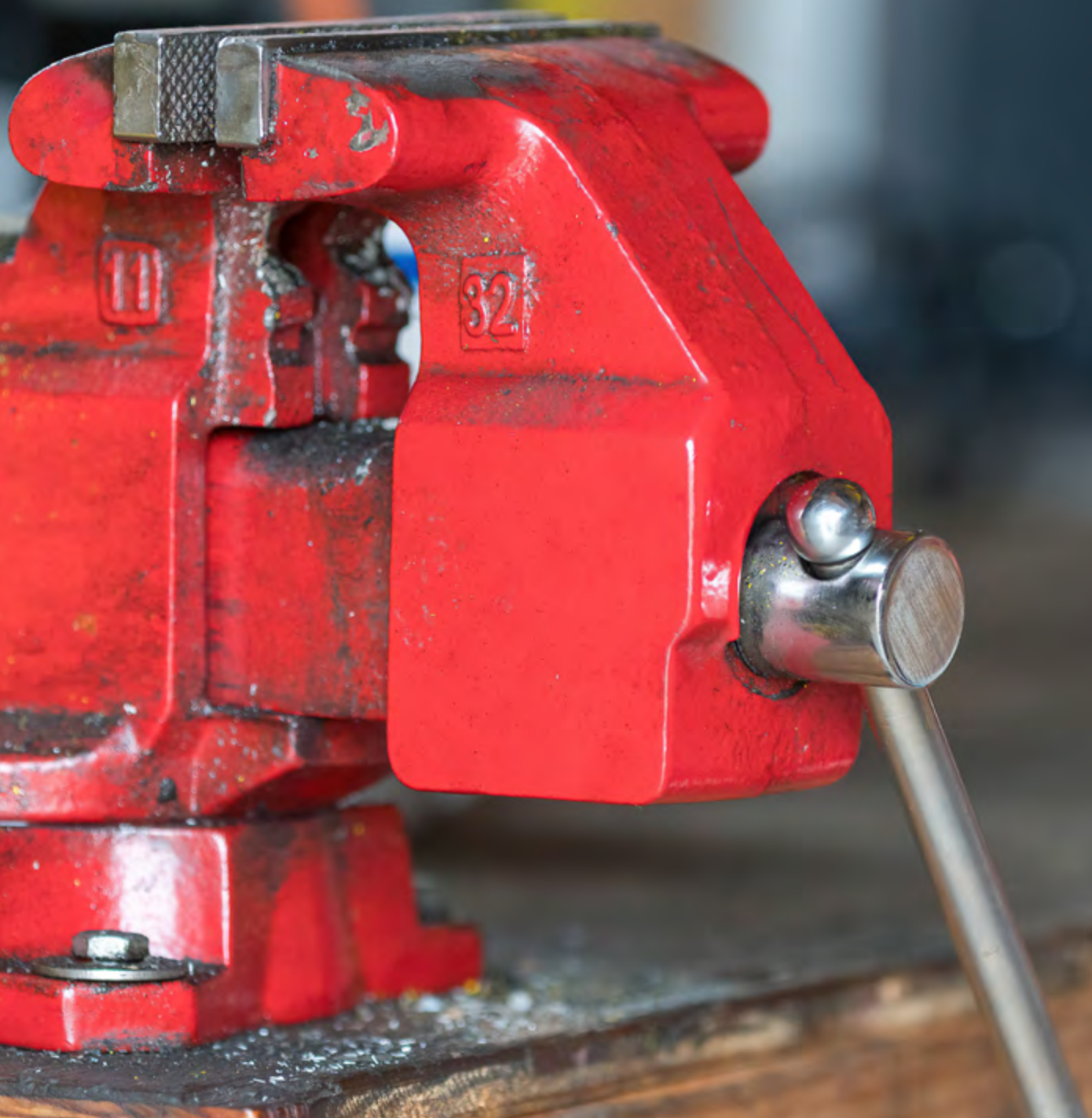
Dulce et decorum est ... 70

Dr. Laurent Heisten

Kolumne: Gedankensprung 78

Ralf M. Ruthardt

■ EDITORIAL



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der vergangenen Ausgabe haben wir über die Verleihung der Hayek-Medaille an Prof. Dr. Veronika Grimm berichtet. Diese Ausgabe beginnt mit der Würdigung des zweiten Preisträgers. Die großartige Laudatio von meinem Vorstandskollegen Prof. Dr. Karl-Friedrich Israel bei den Hayek-Tagen 2026 bildet den Auftakt zu diesem Heft.

Mit Ron Paul verbindet sich zugleich eine Frage, die wie ein roter Faden durch diese Ausgabe läuft: Braucht Freiheit Radikale? Das Wort „radikal“ hat im politischen Sprachgebrauch einen schlechten Klang bekommen. Dabei bedeutet es zunächst, an die Wurzel einer Sache zu gehen. Für Liberale heißt das, staatliches Handeln nicht nur nach seiner unmittelbaren Zweckmäßigkeit zu beurteilen, sondern immer wieder nach den grundlegenden Prinzipien einer freien Ordnung zu fragen: Wo endet legitime staatliche Rahmensetzung? Wo beginnt politische Bevormundung? Wie lässt sich Macht begrenzen? Und welche Entscheidungen sollten besser den Menschen selbst überlassen bleiben?

Mehrere Beiträge dieser Ausgabe stellen solche Grundfragen mit erfrischender Konsequenz. Adrian Pfranger entwickelt die Idee eines Minimalstaats und führt damit die Begrenzung staatlicher Aufgaben weit über das hinaus, was gegenwärtig politischer Konsens ist. Prof. Dr. Michael Esfeld nimmt Hayeks Warnung vor der „Anmaßung von Wissen“ auf und überträgt sie auf das Verhältnis von Wissenschaft, Politik und individueller Selbstbestimmung. Im Gespräch über Bitcoin wiederum wird die hayekianische Idee des

Währungswettbewerbs sehr konkret: Nicht eine zentrale Instanz, sondern der Wettbewerb unterschiedlicher Geldformen soll darüber entscheiden, welchem Geld Menschen vertrauen.

Prinzipientreue darf dabei nicht mit der Weigerung verwechselt werden, Zielkonflikte zur Kenntnis zu nehmen. Besonders deutlich wird dies bei der Außen- und Sicherheitspolitik. Prof. Dr. Erich Weede zeigt, dass ökonomische und geopolitische Rationalität zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen führen können: Wirtschaftliche Interdependenz schafft Wohlstandsgewinne und kann friedensfördernd wirken, zugleich aber sicherheitspolitische Abhängigkeiten erzeugen. Weitere Beiträge zeigen, dass liberales Denken nicht davon lebt, schwierige Fragen durch einfache Formeln zu ersetzen.

Freiheit braucht deshalb keine Radikalität im Sinne politischer Rücksichtslosigkeit, dafür umso mehr Prinzipienfestigkeit im Denken. Wer Prinzipien ernst nimmt, muss zugleich offen dafür bleiben, sie an der Wirklichkeit zu prüfen.

Herzlichst Ihr

Prof. Dr. Stefan Kooths

Vorsitzender des Vorstands

der Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V.



Ron Paul erhält die Hayek-Medaille 2026

Eine Botschaft an gemäßigte Liberale und kompromisslose Libertäre

von Prof. Dr. Karl-Friedrich Israel



Ron Paul steht wie kaum ein anderer für einen Liberalismus, der sich nicht nach politischer Bequemlichkeit richtet. Mit der Hayek-Medaille 2026 ehrt die Hayek-Gesellschaft einen Mann, der Freiheit, Frieden und Eigenverantwortung über Jahrzehnte kompromisslos verteidigt hat. Karl-Friedrich Israel zeigt, warum gerade dieser Radikalismus auch für gemäßigte Liberale unverzichtbar ist und weshalb politische Veränderung immer mit dem Mut beginnt, den herrschenden Konsens infrage zu stellen.

Es sei auf das Buch „End the Fed“ von Ron Paul hingewiesen, welches Prof. Dr. Karl-Friedrich Israel in seiner Laudation erwähnt hat.

„Was für eine wunderbare Welt es wäre, wenn jeder die einfache moralische Prämisse akzeptierte, jede Form von Aggression abzulehnen. Die Erwiderung auf einen solchen Vorschlag lautet stets: Das sei zu simpel, zu idealistisch, unpraktikabel, naiv, utopisch, gefährlich und unrealistisch, nach einem solchen Ideal zu streben.“

„Der unmoralische Gebrauch von Gewalt ist die Wurzel der politischen Probleme des Menschen.“

Ron Paul, Pursue the Cause of Liberty:
A Farewell to Congress, Rede vor dem US-
Repräsentantenhaus, 14. November 2012

Dr. Ron Paul hat die Hayek-Medaille 2026 erhalten, die höchste Auszeichnung, die die Hayek-Gesellschaft anlässlich ihrer Jahrestagung verleiht. In diesem Jahr fand die Konferenz vom 22. bis 23. Mai in Münster statt. Als Vorstandsmitglied hatte ich die Ehre, eine Laudatio auf Dr. Paul zu halten.

Dr. Paul, mittlerweile 91 Jahre alt, konnte die Reise nach Deutschland nicht mehr antreten und war daher per Live-Video zugeschaltet. Nach technischen Tests am Vortag, bei denen noch alles reibungslos funktionierte, hatten wir am Tag der Veranstaltung ein

defektes Kabel und konnten uns mit Dr. Paul nicht klar verständigen. Das Publikum bei uns sah ihn auf der großen Leinwand und hörte seine Stimme laut und deutlich. Doch Dr. Paul konnte mich auf seiner Seite nicht klar verstehen. Für einen kurzen Moment, der sich viel zu lang anfühlte, sah ich diesen besonderen



Augenblick vor meinen Augen zerbrechen. Aber Dr. Paul war geduldig und freundlich. Er wartete, bis ich meine Rede gehalten hatte, und wandte sich dann an die mehr als 200 Zuhörer im Saal. Es war der Höhepunkt der Tagung – der größten Jahrestagung, die wir bislang hatten.

Ich kann kaum in Worte fassen, wie viel mir das bedeutet hat und wie dankbar ich Dr.

Paul dafür bin, dass er trotz der technischen Probleme bei uns geblieben ist. Er hätte uns als unprofessionelle Trottel abtun können, die seine Zeit nicht wert sind. Das tat er nicht. Er hielt einen faszinierenden Vortrag und erinnerte an seine eigenen Vorbilder: Mises, Hayek, Rothbard und viele mehr, die er zu ihren Lebzeiten noch persönlich getroffen hatte. Danke, Dr. Paul!

Auch wenn Dr. Paul bei der Zeremonie in Münster nur digital zugeschaltet war, ließen wir es uns nicht nehmen, ihm die Auszeichnung wenige Monate später auch persönlich zu überbringen. Da ihm eine Reise nach Deutschland altersbedingt nicht mehr möglich war, reiste ich Ende August im Rahmen einer kleinen Delegation nach Lake Jackson, Texas, um Dr. Paul die Hayek-Medaille und die dazugehörige Urkunde persönlich zu übergeben. Begleitet haben mich Kai Hoffmann (Portfolio Manager & Investor, Deutsche Goldmesse, YouTube Host) und Mark Valek (Fond Manager, Incrementum), die sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollten, diesen außergewöhnlichen Kämpfer für die Freiheit persönlich kennenzulernen.

Ron Paul empfing uns in seinem Büro. Er war sichtlich gerührt und freute sich sehr darüber, dass ihm eine solche Ehrung aus Europa zuteilwurde – ein Zeichen dafür, dass sein Einfluss weit über die Vereinigten Staaten hinausreicht.

Ein langjähriger Mitarbeiter aus seinem Büro verriet mir dabei unter vier Augen, dass Dr. Paul nach seinem Online-Auftritt bei unserer Tagung tatsächlich ein schlechtes Gewissen gehabt habe: Er habe das Gefühl gehabt, angesichts der technischen Probleme vor unserem Publikum nicht so einen guten Vortrag gehalten zu haben, wie er es sich gewünscht hätte. Für einen Mann, der über mehr als ein halbes Jahrhundert hinweg Millionen Menschen begeistert hat, ist das ein

bemerkenswertes Zeugnis seiner Bescheidenheit und Demut.

Im Anschluss lud er uns zum Mittagessen – natürlich texanisches Barbecue – in sein Haus ein, wo wir einen Teil seiner Familie kennenlernten. Anwesend waren Mitglieder aus vier Generationen der Familie Paul – freilich nicht alle seine 19 Enkelkinder, aber immerhin auch ein Urenkel war dabei. Dr. Paul schenkte uns signierte Exemplare seiner letzten Rede vor dem US-Kongress, „A Farewell to Congress“, und erzählte uns von seiner Familiengeschichte: Seine Vorfahren waren in den 1880er Jahren aus Hessen in die Vereinigten Staaten ausgewandert. Es berührte ihn besonders, die Hayek-Medaille ausgerechnet aus Deutschland zu erhalten.

In meiner Laudatio hatte ich eine sehr klare Botschaft an unsere Mitglieder in der Hayek-Gesellschaft – und darüber hinaus an die Freiheitsbewegung insgesamt. Als zuerst bekannt wurde, dass Ron Paul die Hayek-Medaille erhalten würde, gab es einige Kritiker, die einwandten, er sei ein zu extremer Libertärer und daher kein geeigneter Preisträger für die Hayek-Medaille. Dem widerspreche ich auf das Entschiedenste.

Tatsächlich sollten sowohl gemäßigte Liberale als auch kompromisslose Libertäre die jeweilige Rolle des anderen zu schätzen wissen und anerkennen, dass sie in vielerlei Hinsicht aufeinander angewiesen sind. Ohne den kompromisslosen Libertären wäre der gemäßigte Liberale in der öffentlichen Debatte völlig verloren, denn er selbst würde am Ende als zu extrem für den Mainstream gelten. Ich habe offen gesprochen, und ich glaube, die Botschaft ist angekommen.

Im Folgenden können Sie das Wesentliche dessen, was ich in meiner Laudatio zu Ehren von Dr. Ron Paul gesagt habe, nachlesen.

 **Hayek**-Gesellschaft
Klassischer Liberalismus. Für die Freiheit.

FORUM
Freiheit
2026

24. Oktober 2026, Berlin



Sehr geehrte Damen und Herren,

Wenn man sich das Leben und Wirken von Dr. Ron Paul ansieht, fällt eines sofort auf: Er ist eindeutig kein gewöhnlicher Politiker.

Tatsächlich ist er für uns Deutsche angesichts unserer eigenen politischen Klasse in diesem Land vielleicht besonders schwer zu verstehen. Denn im Gegensatz zu unseren eigenen Politikern hatte Ron Paul tatsächlich einen richtigen Beruf – einen echten Job.

Er ist Arzt, ausgebildet in Geburtshilfe und Gynäkologie. Und bevor er in die Politik ging, half er dabei, viele tausend Kinder auf die Welt zu bringen. Diese Tatsache verrät etwas über den Mann – aber auch über seine politische Philosophie: Er hat sein Leben damit verbracht, anderen Menschen zu helfen, anstatt über sie zu herrschen.

Doch natürlich ehren wir Dr. Paul nicht lediglich deshalb, weil er ein ungewöhnlicher Politiker war.

Wir ehren ihn, weil er ein kompromissloser Libertärer geblieben ist – in Zeiten, in denen libertäre Prinzipien zutiefst unpopulär waren.

Seit Jahrzehnten wird Dr. Paul beschimpft. Beschimpfungen, die ich hier nicht wiederholen werde. Ich nenne nur einige der Etiketten, mit denen man ihn versehen hat – Etiketten, die ich für Ehrenabzeichen halte: Man hat ihn radikal genannt, weltfremd, und natürlich extremistisch.

Ja – vielleicht ist Ron Paul ein Extremist.

Doch wenn die Geschichte uns eines lehrt, dann dies: Jede Freiheitsbewegung braucht Menschen, die bereit sind, ihre Prinzipien kompromisslos zu verteidigen.

Gäbe es den prinzipientreuen, kompromisslosen Libertären nicht, wäre der gemäßigte Liberale verloren.

Nur wegen des radikalen Libertären kann der gemäßigte Liberale im öffentlichen Diskurs überhaupt Gehör finden, und kann gelegentlich etwas zum Besseren verändern.

Gäbe es Menschen wie Ron Paul nicht, würde man den gemäßigten Liberalen als Extremisten brandmarken. Und glauben Sie mir: In einer Welt, in der die gemäßigte liberale Position die extremste Abweichung vom



Foto: Karl-Friedrich Israel

Mainstream in Richtung Freiheit darstellt, möchte ich nicht leben.

Eine solche Welt wäre hoffnungslos.

Es gibt jemanden, der das sehr genau verstanden hat:

Friedrich August von Hayek wusste, dass politischem Wandel stets ein intellektueller Wandel vorausgeht – ein Wandel der Ideen.

Und intellektueller Wandel erfordert immer Menschen, die mutig genug sind, den Mainstream herauszufordern, die herrschende Meinung infrage zu stellen, Orthodoxien anzugreifen – und das lange bevor es gesellschaftlich bequem wird, dies zu tun.

Lange bevor die Inflation ins öffentliche Bewusstsein zurückkehrte, warnte Ron Paul vor den Gefahren einer ungezügelten Geldmengenausweitung.

Mit seinen unvergesslichen Auftritten im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner erreichte er Millionen junger Menschen.

Als ich kurz nach der großen Finanzkrise in die Vereinigten Staaten zog, um am Mises Institute in Auburn, Alabama, an meiner Doktorarbeit zu schreiben, war es bei fast allen Studenten, die ich dort traf, Ron Paul, durch den sie ihr Interesse an den Ideen der Österreichischen Schule entdeckt hatten.

Er hatte den Mut, die Existenz des Federal-Reserve-Systems selbst infrage zu stellen. Nicht nur eine Prüfung der Fed forderte er; die Losung lautete: „End the Fed!“ – Schluss mit der Fed! Das war auch der Titel eines seiner Bücher. Wenn das nicht inspirierend ist, weiß ich nicht, was es sein sollte.

Doch sein Einsatz für die individuelle Freiheit

machte nicht an der Geld- und Wirtschaftspolitik halt.

Er erstreckte sich auf alle Bereiche, einschließlich der Außenpolitik.

Ron Paul war bereit, sich gegen Krieg zu stellen – auch dies zu einer Zeit, als das zutiefst unpopulär war. Und wenn ich „zutiefst unpopulär“ sage, meine ich: unpopulär beim außenpolitischen Establishment beider Parteien.

Denn seien wir ehrlich: Bei den amerikanischen Wählern war die Antikriegsposition nie unpopulär.

Wie Dr. Paul in einem seiner denkwürdigsten Fernsehauftritte sagte: Die Republikaner wurden 1952 gewählt, um den Krieg in Korea zu beenden, und sie wurden 1968 erneut gewählt, um den Krieg in Vietnam zu beenden. Und dann fügte er hinzu: „Leider haben wir ihn nicht sehr schnell beendet ... 30.000 weitere Männer mussten sterben.“

Und dieses Muster wiederholt sich bei beiden Parteien, den Republikanern wie den Demokraten. 2008 wurde Barack Obama mit dem Versprechen gewählt, die von Bush begonnenen Kriege im Nahen Osten zu beenden.

Und erst kürzlich wurde Donald Trump unter anderem mit dem Versprechen wiedergewählt, die „nie endenden“ Kriege zu beenden.

In beiden Fällen eskalierten die militärischen Konflikte.

Ron Paul hat stets vor den Gefahren militärischer Interventionen im Ausland gewarnt. Selbstverständlich bringen sie Schrecken über die Länder, in denen die Kriege ausbrechen. Doch Dr. Paul hat auch davor gewarnt, dass endlose Militärinterventionen im Ausland unweigerlich zu Schulden, Inflation, exekuti-



ver Machtüberschreitung, Überwachung und der Aushöhlung der Bürgerrechte im eigenen Land führen.

Viele seiner Vorhersagen sind eingetroffen.

Doch was Ron Paul besonders macht, ist nicht, dass seine Vorhersagen zutrafen.

Es ist vielmehr der Grund, warum er so viele Dinge so klar erkannte.

Sein gesamtes Weltbild wurzelt in moralischer Klarheit.

Er weiß, dass Diebstahl, Lüge, Zwang, Gewalt und Mord unmoralisch sind. Und, was noch wichtiger ist: Er weiß, dass diese Handlungen nicht dadurch moralisch werden, dass eine Regierung sie begeht.

Dieser libertäre Grundsatz der Gewaltfreiheit – das Nichtaggressionsprinzip – prägt das gesamte Weltbild von Dr. Paul.

Heute Abend ehrt die Hayek-Gesellschaft nicht bloß einen Politiker, nicht bloß einen Ökonomen, nicht bloß einen Präsidentschaftskandidaten.

Wir ehren einen Mann, der über viele Jahrzehnte hinweg die Prinzipien der Freiheit mit Mut, Anstand, intellektueller Redlichkeit und außergewöhnlicher persönlicher Integrität verteidigt hat.

Einen Mann, der Millionen Menschen dazu inspiriert hat, ernsthafter über Freiheit, Verantwortung, Frieden und solides Geld nachzudenken.

Dr. Ron Paul, es ist eine große Ehre für die Hayek-Gesellschaft, Ihnen die Hayek-Medaille 2026 zu verleihen. Ich kann mir keinen würdigeren Preisträger vorstellen.



Foto: Karl-Friedrich Israel

Hayek Clubs

Werden Sie
klassisch-liberal aktiv!

Vorträge. Diskussionen. Events.

Wir sind bei Ihnen vor Ort:

<https://hayek.de/hayek-clubs/>



Verteidigung des Minimalstaats

von Adrian Pfranger



Deutschland steckt in einer tiefen wirtschaftlichen und fiskalischen Krise – und kosmetische Korrekturen werden kaum genügen. Adrian Pfranger plädiert deshalb für einen radikalen Gegenentwurf zum stetig wachsenden Interventions- und Sozialstaat: den Minimalstaat. Ausgehend von Hayek, Mises und dem Primat individueller Freiheit begründet er, warum staatlicher Zwang, wirtschaftliche Lenkung und Machtkonzentration drastisch zurückgedrängt werden sollten und skizziert, wie ein solcher Umbau von Sozialstaat, Bildung, Energiepolitik, Geldordnung und Föderalismus aussehen könnte.

Die gegenwärtige wirtschaftliche wie politische Lage Deutschlands macht radikale Lösungen dringend notwendig. Laut der Wirtschaftsweisen Prof. Veronika Grimm werden ab 2029 die gesamten Einnahmen des Staats für Soziales, Verteidigung und Zinszahlungen ausgegeben. Zur Erledigung von darüber hinausgehenden Aufgaben müssten folglich Schulden aufgenommen werden. Um das Konzept der gesetzlichen Rente ist es ebenso schlecht bestellt wie um das deutsche Gesundheitssystem. Der Wirtschaft geht es in Deutschland nicht viel besser. 2024 sind knapp 120.000 Industriebjobs weggefallen. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland betrug 2024 –0,5 %. Was ist also zu tun?

Ich möchte eine radikale Lösung mit dem Konzept des Minimalstaats vorschlagen.

Wer ist der Staat und wie handelt er?

Der Staat ist auf seinem Gebiet ein autoritärer Zwangsmonopolist mit Letztentscheidungsbefugnis. Nicht der Staat oder ein Kollektiv handelt, einzig das Individuum. Nicht der Staat erlässt Gesetze, sondern Menschen in staatlichen Ämtern. Ein Bundesgesetz kommt zustande, weil eine Mehrheit der Abgeordneten im Bundestag (falls notwendig mit Mitwirkung des Bundesrates) einer Gesetzesvorlage zustimmt. Staat ist ein Begriff, der leicht dazu verführt, einem abstrakten Gebilde eine eigene Handlungsfähigkeit zuzuschreiben. Diese Hypostasierung, dass der Staat sich ja um dieses und jenes küm-

mern würde, führt oft dazu, dass mit dem Staat etwas Mystisches oder Göttliches verbunden wird.

Beim Staat handelt es sich um ein Konstrukt, dessen Zuständigkeiten, Aufgaben und Erscheinungsbild sich über die Jahre seiner Existenz wandelten. Welche Befugnisse oder Rechte geben wir, also die Menschen, die im Territorium dieses Staates leben, denjenigen Menschen, die in den staatlichen Ämtern sitzen und dessen Aufgaben erfüllen sollen?

Anmerkung des Autors: Wird im Folgenden vom „Staat“ gesprochen, ist dies eine Abkürzung für den beschriebenen Mechanismus – also für handelnde Menschen im jeweiligen staatlichen Amt.

Was sollte der Staat dürfen?

Welche Rolle soll der Staat übernehmen? Ich präferiere eine Gesellschaftsordnung, in der die Rolle des Staates kleinstmöglich und die Freiheit des Individuums größtmöglich ist.

Denn ich begreife individuelle Freiheit als den höchsten gesellschaftlichen Wert. Freiheit meint dabei die Abwesenheit von (hoheitlichem) Zwang. Ich möchte in einer Gesellschaft von Menschen für den Menschen leben. Der Staat hat lediglich eine dienende Rolle. Dieser Gedanke war auch Teil des Herrenchiemsee-Entwurfs des Grundgesetzes. Dort hieß es in Art. 1 Abs. 1: „Der Staat ist um des Menschen Willen da, nicht der



Mensch um des Staates Willen“. Der Mensch ist sich selbst genug, nur er sollte entscheiden dürfen, welchem Lebensentwurf er folgt. Damit verbieten sich kollektivistische Bestrebungen.

Daraus folgt für mich eine einfache Grenze: Staatlicher Zwang lässt sich nur für Fälle rechtfertigen, in denen er gegen Menschen gerichtet ist, die Zwang gegenüber anderen Menschen anwenden. Staatsaufgaben sind somit lediglich die Gewährleistung der inneren und der äußeren Sicherheit. Durch allgemeine, vorhersehbare Gesetze, vor denen alle gleich sind, wird ein friedvoller Rahmen gesichert, innerhalb dessen sich eine spontane Ordnung entwickeln kann. Die Gesellschaft ordnet sich innerhalb dieses Rahmens ausschließlich marktbasiert, die Verteilung der Produktionsmittel basiert auf der Grundlage des Privateigentums. Ein Tausch kommt durch (freiwilligen) Vertrag zustande. Eine unabhängige Justiz klärt Streitfragen.

Neben dem moralischen Argument (Ablehnung von Zwang) sprechen für mich zudem das Wohlstandsargument als auch das Argument zur Machtbegrenzung für die starke Reduktion der Staatsaufgaben.

Moralisches Argument: Anwendung von Zwang

Die Verwirklichung einer Gesellschaftsordnung nach der Idee der individuellen Selbstbestimmung sieht den Staat nicht in der Rolle, um für Wohlstand, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit oder andere „gute Zustände“ zu sorgen. Diese Ziele können nur Menschen selbst im freiwilligen Verbund mit anderen erreichen. Greift der Staat im Namen solcher Ziele ein, so geht das zulasten der individuellen Selbstbestimmung. Dabei wendet der Staat Zwang an.

Jeder staatliche Akt bedeutet Zwang. Er legt fest, wie in einem bestimmten Bereich gehandelt werden darf – und wie nicht.

Präferenzentzug durch Besteuerung

Um seine Aufgaben zu erfüllen, benötigt der Staat Geld. Er finanziert sich hauptsächlich durch Steuern und Kreditaufnahme. Steuern stellen zwangsweise Abgaben dar, deren Nichtzahlung sanktioniert wird. Steuern greifen direkt in die Verfügungsgewalt des Einzelnen über sein Einkommen ein.

Jeder Euro, den der Staat einzieht, steht dem Einzelnen nicht mehr zur Verfügung. Er kann in der Folge nur noch weniger kapitalintensive Entscheidungen treffen; manche Optionen fallen ganz weg. Mit steigender Steuerlast sinkt die reale Selbstbestimmung. Der Einzelne kann seine Präferenzen nicht setzen. Diese Signale werden dem Markt entzogen. Dem Einzelnen werden Mittel zur Zweckerreichung zwanghaft genommen.

2024 nahm Deutschland rund 947,7 Mrd. Euro an Steuern ein. Das Deutsche Steuerzahlerinstitut berechnete für einen durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt eine Belastungsquote von etwa 52,6 %. Von jedem verdienten Euro gehen also 52,6 Cent an den Staat, nur 47,4 Cent bleiben zur freien Verfügung.

Auch der Minimalstaat wird Steuern benötigen, allerdings deutlich weniger.

Präferenzanmaßung durch Lenkung und Umverteilung

Staatliche Investitionen, Subventionen, Zölle, Gesetzestexte u. a., die bestimmte Wirtschaftsbereiche fördern, sanktionieren oder beschützen sollen, lenken mittel- oder unmittelbar Kapitalströme und verändern dementsprechend die Marktstrukturen. Damit entscheidet der Staat statt der Private

über die Art der Verwendung. Die Allokation der Produktionsgüter verschiebt sich in diesem Maße damit weg von der individuellen Präferenz hin zur Staatspräferenz.

Unabhängig davon, ob die Mittel gut oder schlecht verwendet und investiert wurden: Praxeologisch wurden sie mittels Zwang eingetrieben und verteilt. Damit wird die Idee der individuellen Selbstbestimmung verletzt. Aus moralischer Sicht lehne ich das ab.

Zudem droht das Risiko einer uniformen Massengesellschaft. Humboldt drückte es folgendermaßen aus: „Gleichförmige Ursachen haben gleichförmige Wirkungen.“ Anstelle von 46.000.000 Menschen (Anzahl der Einkommens-/Lohnsteuerpflichtigen) verwendet der Staat die insgesamt 947,7 Mrd. € (Steuereinnahmen 2024). Es ist offensichtlich, dass das Ausgabeverhalten weniger divers und weniger individuell ausfällt, langfristig birgt das das Risiko einer uniformen Massengesellschaft.

Präferenzanmaßung durch Regeln und Verordnungen über menschliches Verhalten

Neben der Allokation der Geldmittel durch den Staat statt durch den Bürger findet ebenfalls ein Lenkungsverhalten und eine Präferenzanmaßung durch eine Reihe von Regelungen und Verordnungen statt. Jede Regelung bedeutet auch immer eine Vorgabe über die Mittel- und Zweckwahl. Ein Rechtsfahrgebot schließt z. B. aus, dass sich ein Verkehrsteilnehmer sanktionslos für das Fahren auf der linken Seite entschließen kann. Nach Hayek ist ein vorhersehbarer, allgemeiner Regelungsrahmen zu schaffen. So kann ein friedvolles Zusammenleben ermöglicht werden, was das Fundament für Handel und eine florierende Gesellschaft ist.

Es gibt eine Reihe von Gesetzen, die über die Funktion der Sicherung des Rechts-

friedens hinausgehen. Sei es das GEG, die Mietpreisbremse, das Gesetz über die Ladenöffnungszeiten (LadSchlG), die ESG-Kriterien u. v. m.: Nicht der Einzelne selbst kann in dem gesetzlich geregelten Sachverhalt frei über die Art und Weise seines Handelns entscheiden und dabei seine Präferenzen, Risiken oder Ähnliches berücksichtigen. Das Gesetz nimmt ihm diese Entscheidung ab und maßt sich damit gleichzeitig an, über eben jene Präferenzen und Risiken selbst zu entscheiden. Nehmen wir zum Beispiel die Öffnungszeiten: In einem freien Marktsystem könnten die Betreiber frei über die Öffnungszeiten entscheiden. In Bayern hingegen müssen die Betreiber ihre Verkaufsstellen nach dem BayLadSchG von montags bis samstags bis 6:00 Uhr und ab 20:00 Uhr, sonntags und an Feiertagen schließen.

Ich persönlich möchte in einer Gesellschaft leben, in der der Einzelne möglichst selbstbestimmt seinem Lebensentwurf folgen kann. Deshalb sind die Aufgaben des Staates stark zu reduzieren.

Argument des Wohlstands

Eine Gesellschaft, in der sich der Staat um Aufgaben der Wirtschaft kümmert, ist weniger wohlhabend als eine, in der er das nicht tut. Deshalb hat sich der Staat aus der Wirtschaft herauszuhalten.

Dafür sprechen für mich Hayeks Argument der Wissensanmaßung und das Kalkulationsargument von Ludwig von Mises. Wann immer sich der Staat um eine Angelegenheit kümmert, so maßt er sich dabei dasjenige Wissen an, das zur optimalen Lösung jener Aufgabe notwendig wäre. Dabei wird suggeriert, er könne überblicken, was zu tun ist. Dabei ist das Wissen dezentral in nicht formalisierbarer Weise verteilt und ständigen Veränderungen unterworfen. Hayek argumentierte: Kein Mensch, keine Behörde und

kein Kollegium von Experten kann jemals über jenes gedankliche Material verfügen, das jeder Marktteilnehmer infolge seiner individuellen Lage, Erfahrung und unmittelbaren Wahrnehmung besitzt.

Das Kalkulationsproblem entwickelte Ludwig von Mises und erklärte, weshalb Sozialismus nicht funktioniert. In einem Wirtschaftsraum ohne Marktpreise für Produktionsmittel wird jede rationale Wirtschaftsrechnung unmöglich. Geldpreise sind keine Tauschrelationen, die willkürlich „gesetzt“ oder „bestimmt“ werden könnten, sondern unverzichtbare Verdichtungen dezentraler Knappheits- und Präferenzinformationen der Marktteilnehmer. Fehlen diese Preise, so entgleitet jedem Planer die Orientierung über die wirtschaftlich effizienteste Verwendung der Mittel. Je mehr der Staat in die Wirtschaft eingreift, desto stärker wirkt sich das Kalkulationsproblem aus.

Infolge von staatlicher Übernahme von Aufgaben kommt es mangels ausreichenden Wissens und mangels optimaler Kalkulationsgrundlage zu Fehlallokation von Kapital, Über- oder Unterproduktionen, Ineffizienzen und zu Ressourcenverschwendung.

Ich persönlich möchte in einer möglichst wohlhabenden Gesellschaft leben. Deshalb hat sich der Staat aus der Wirtschaft herauszuhalten.

Argument der Macht

Das dritte – und wohl dringlichste – Argument für den Minimalstaat ist die Vermeidung von Machtkonzentration.

Je mehr Bereiche der Staat kontrolliert, desto größer wird die Macht derjenigen, die die staatlichen Ämter bekleiden. Wir haben es – wie oben gezeigt – nicht mit einem abstrakten „Staat“, sondern mit Menschen

in Ämtern zu tun. Mehr Aufgaben bedeuten mehr Macht. Lord Acton formulierte die Konsequenz prägnant: „Macht korrumpiert. Absolute Macht korrumpiert absolut.“ Mögliche Folgen sind Lobbyismus, Korruption und im schlimmsten Fall autoritäre Herrschaft.

Zwischen Machtkonzentration und Machtmissbrauch besteht ein direkter Zusammenhang. Je mehr Macht auf eine Behörde, Stelle oder Person konzentriert ist, desto attraktiver ist sie für Einflussnahme. Umgekehrt gilt, je weniger Macht staatliche Akteure über (wirtschaftliche) Abläufe haben, desto weniger Korruption und Lobbyismus kann sich ausbreiten. Wenn der Mensch im staatlichen Amt keine faktische Macht über die Lebensbereiche anderer Menschen besitzt, verliert es seinen Reiz, ihn zu beeinflussen.

Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der Machtmissbrauch bestmöglich verhindert wird. Daher hat sich der Staat aus dem Leben der Menschen herauszuhalten.

Rechtliche Umstrukturierung: Afuera?!

Nach der kurzen Begründung für den Minimalstaat möchte ich zum Ende hin auf einige Baustellen eingehen. Klar ist, dass die juristische Architektur, die in der BRD Anwendung findet, erheblich zu verändern ist.

Aus der genannten Aufgabenzuweisung (innere und äußere Sicherheit, allgemeines vorhersehbares Regelwerk) wird klar, dass aus meiner Sicht alle darüber hinausgehenden Aufgaben keine Staatsaufgaben sind. Wie schnell die Reform umgesetzt werden kann, ist eine andere Frage. Für dieses Vorhaben lohnt sich der Blick nach Argentinien. Was lässt sich mit der Kettensäge problemlos absägen? Wobei muss man vorsichtiger vorgehen? Und in welchen Bereichen könnte es noch besser gehen? Die Reform an sich ist

zwar radikal, dennoch kann der Prozess so gestaltet werden, dass es zu keinen Kollateralschäden kommt und z. B. sozial Schwache darunter leiden.

Das Regelungswerk in Deutschland muss einer strengen Prüfung unterzogen werden. Einiges kann bleiben. Anderes wiederum muss weg: Afuera! Es folgt eine nicht abschließende Liste für zwingend nötige Folgen.

- Der Rechtsstaatsgedanke erfordert die Etablierung und Durchsetzung der Gewaltenteilung. Nach dem Grundgesetz ist die staatliche Macht in mehrere Gewalten, der Judikative, Exekutive und Legislative, aufzuteilen. Staatsorganisatorisch ist das nicht vollständig erreicht. Auf Länderebene ist die Judikative vielmehr in der Exekutive eingegliedert. So ist der Justizminister für die Auswahl und die Ernennung der Staatsanwälte zuständig. Der Justizminister kann Staatsanwälten Weisungen erteilen (§ 146 GVG), der Justizminister entscheidet über Beförderungen der Richter und Staatsanwälte. Aufgrund mangelnder Trennung zwischen der exekutiven und der judikativen Gewalt darf die deutsche Staatsanwaltschaft nach Entscheidung des EuGH keinen europäischen Haftbefehl ausstellen. Die Gewaltenteilung ist staatsorganisatorisch herzustellen.
- Staatsorganisatorisch muss ganz radikal über die Rückbesinnung auf den Grundgedanken der Subsidiarität und Dezentralismus bzw. Föderalismus nachgedacht werden. In diesem Zuge ist ernsthaft über die (De-)Konstruktion der EU nachzudenken. Um dem Gedanken der Subsidiarität gerecht zu werden, müsste z. B. die geltende Normenhierarchie, wonach das EU-Recht einen Anwendungsvorrang gegenüber dem deutschen Recht

genießt, aufgebrochen werden. Stattdessen sollten die Angelegenheiten stets auf der möglichst niedrigsten Ebene (Individuum → Kommune → Bezirk → Land → Bund → EU → (...)) geregelt und geklärt werden und einen Anwendungsvorrang ggü. höherem Recht genießen.

Jeder Verwaltungseinheit, die groß genug ist, sich um ihre Angelegenheiten zu kümmern, könnte ein Sezessionsrecht eingeräumt werden. Für den Beginn kann man den Vorgang auch auf die Bundesländer begrenzen. Das Recht zum Exit ist für die eigene Souveränität elementar. Wenn ein Verbund von hoheitlichen Trägern (z. B. die EU als ein Verbund von Ländern, der Bund als ein Verbund von Bundesländern etc.) etwas in mehrheitlicher Abstimmung beschließt, muss für die Minderheit mit anderer Meinung die Möglichkeit zum Austritt oder dem Nichtbefolgen des Abstimmungsergebnisses bestehen. Ansonsten fehlt es an der Notwendigkeit zur Konsensfindung. Die Herrschaft der Mehrheit droht. Das Sezessionsrecht ist ein weiterer Mechanismus zum Machtmissbrauch der Mehrheit. Ein analoges Beispiel: Wenn Sie in der Partnerschaft Dinge beschließen, dann haben Sie stets im Hinterkopf, wie sich die Entscheidung auf die Partnerschaft auswirken könnte. Durch die Möglichkeit des Verlassenwerdens erfolgt – bewusst oder nicht – eine Disziplinierung.

- Die Kettensäge muss umfassend eingesetzt werden. Ohne alle Gesetze überblicken zu können, lässt sich allgemein als Faustformel formulieren, dass staatliche Interventionen, die wirtschaftliche Bereiche fördern, schützen oder sanktionieren sollen, ersatzlos abgesägt werden können. Der Staat hat sich aus der Wirtschaft herauszuhalten. Der Einzelne selbst sollte frei über seine Mittel und Zwecke wählen können. Ebenso verhält es sich mit Ein- oder Ausfuhrbeschränkungen.

Einige Vorschriften, die ersatzlos gestrichen werden können, möchte ich konkret benennen: die ESG-Richtlinie und die EU-Taxonomie, das „Verbrennerverbot“, das EEG, das WPG, das GEG oder auch das Gesetz über Ladenöffnungszeiten (LadSchlG). Die Liste ist nicht abschließend.

- Der Sozialstaat muss reformiert werden. Der Staat hat gesetzliche Systeme im Bereich der Gesundheitsvorsorge (GKV) und der Altersvorsorge (Rentensystem) konstruiert. Sie sind der Marktstruktur in vielerlei Hinsicht unterlegen. Sie sind zu privatisieren. Das System der GKV ist, ebenso wie das der gesetzlichen Rente, aufzulösen. Zudem sind jegliche sozialen Hilfen vollumfänglich abzuschaffen.

Übergangslösung:

Die Reform soll keine Existenzen vernichten. Um die Härte abzumildern, bietet sich eine zeitlich befristete Übergangszeit an, in der die Ansprüche im Grundsatz bestehen bleiben. Die Finanzierung der GKV-Patienten könnte ebenso wie die der gesetzlichen Rente z. B. mit den Erlösen aus einer Privatisierung der genannten Bereiche gelingen.

Menschen, die im sozialen System „hängen“, könnten durch das Installieren einer negativen Einkommenssteuer weitergetragen werden. Statt, wie vom ifo-Institut festgestellt, 500 Sozialleistungen gäbe es lediglich den einen genannten Mechanismus. Das geht gleichzeitig mit Abschaffung aller Steuern, abgesehen von der Einkommenssteuer, einher.

- Viele der Schutzbestimmungen, wie Mieterschutz (z. B. Mietpreisbremse), der Mindestlohn oder der soziale Wohnungsbau, können weg. Der Blick nach Argentinien zeigt, dass die Befreiung des Preises im z. B. Mietsektor – nach einer

zwischenzeitlichen Leidensphase – zu besseren Verhältnissen führt. Ebenso ist über eine Reform der Zulassungsbeschränkungen in Berufen nachzudenken. Viele dieser Berufseintrittshürden, wie der Meisterzwang, können meiner Meinung nach weg.

Bildung: Bildung ist aus meiner Sicht keine Aufgabe des Staates. Blickt man auf die derzeitige Entwicklung des Bildungsniveaus, darf auch die Frage gestellt werden, ob der Staat die Aufgabe wirksam erfüllt. Auch hier bin ich davon überzeugt, dass es im Wege der freiwilligen Selbstorganisation besser funktioniert.

Übergangslösung:

Der Staat behält den Bildungsauftrag. Die Organisation läuft aber dezentral ab. Das erfordert u. a. die Gleichstellung der Schulen. Die mit öffentlichen Schulen zusammenhängenden Privilegien (Verbeamtung der Lehrer, Finanzierung der öffentlichen Schulen u. a.) fallen damit weg. Die Finanzierung könnte z. B. nach M. Friedmans vorgeschlagenem „Gutschein-System“ ablaufen: Dem Schüler oder seinen Erziehungsberechtigten wird ein Gutschein ausgehändigt, mit dem er sich bei einem Bildungsträger bewerben und dessen Leistungen bezahlen kann. Der Bildungsgutschein ist auf den Namen des Auszubildenden ausgestellt und nicht übertragbar. Der Schüler oder die Eltern geben den Bildungsgutschein einer frei wählbaren Bildungseinrichtung, die Bildungseinrichtung löst den Gutschein bei entsprechender staatlicher Stelle ein.

- Die Abkehr von der Prohibition. Der Konsum von Drogen ist eine persönliche Handlungsentscheidung. Einige der Mittel sind illegal. Auf Konsumentenseite führt der Umstand zur Kriminalisierung, zu fehlenden Qualitätskontrollen, zu

Beschaffungskriminalität u. Ä. Auf Staatsseite führt das zu hohen Kosten im Bereich der Strafverfolgung und Strafvollziehung. Gleichzeitig bilden sich in diesen Bereichen kriminelle Organisationen. Eine Schattenwirtschaft entsteht. Der Schwarzmarkt existiert nur, weil die gehandelten Produkte illegal sind.

- Der Energie-Markt kann und sollte sich in meinen Augen marktwirtschaftlich organisieren. Verbote über Nutzung von oder Forschung über bestimmte Energiequellen sind aufzuheben, ebenso wie das oben bereits genannte EEG. Die Politik der „grünen Transformation“ und „Energiewende“ ist aufzugeben. Derzeit erleben wir in Deutschland beim Thema der Energieversorgung, wie sich das Kalkulationsproblem und die Wissensanmaßung bei der Lösung von Aufgaben durch den Staat auswirken. Es kommt zu Unterversorgung (vor allem beim Gas), es kommt zu steigenden Energiepreisen. Außerdem kommt es zu unbeabsichtigten Nebenfolgen, wie die abwandernde Industrie.
- Der Staat muss das Geldmonopol aufgeben. Die „Entnationalisierung des Geldes“ nach Hayek muss erfolgen. Die Probleme im Zusammenhang mit dem Geldmonopol und dem derzeit bestehenden Geldsystem aus Sicht der „Österreicher“ treten immer deutlicher zutage. Eine anonyme, arbeitsteilige Gesellschaft braucht gutes Geld, das Gut ist dem freien Wettbewerb auszusetzen: Das Staatsgeldsystem, das Teilreservebanksystem, das System der Zentralbanken ist mit all ihren Sonderrechten und Privilegien aufzulösen.

Ausblick und Schluss:

In Deutschland existieren viele Gesetze, Verordnungen und Regelungen, die in ihrer Wirkung die Entscheidungsspielräume der

Menschen stark begrenzen. Das Problem liegt in den kleinteiligen Regelungen, die in ihrer Fülle die individuelle Entscheidungsmacht unnötigerweise in der Mittel- und Zweckwahl einschränken. Das führt dazu, dass der Einzelne zwar eine bestimmte Handlung ausführen könnte, er es aber nicht darf. Während die Frage der Möglichkeit („wählen können“) den natürlichen Grenzen ausgesetzt ist, ist die Frage des „wählen dürfen“ eine fiktive Grenze. Statt sich zu fragen „Wie lösen wir das Problem mit den vorhandenen Mitteln?“, stellt sich eher die Frage „Bekommen wir eine Genehmigung, welche Vorgaben müssen wir sonst noch einhalten?“ oder „Wie können wir die Regel umgehen?“. Dadurch findet das gesellschaftliche Leben viel mehr in einem Luftschloss als in der Realität statt: Fiktive, statt echte Grenzen bestimmen einen Großteil des gesellschaftlichen Lebens.

Was verändert sich durch eine Minimalstaats-Reform? Mein Ausblick lässt sich in Kürze mit „Aufklärung 2.0“ zusammenfassen. Eine Fülle von Gesetzen, Verordnungen fällt ersatzlos weg. Von heute auf morgen vergrößert sich für den Einzelnen das „wählen dürfen“ über Mitteln und Zwecke. Ein großer Steueranteil fällt weg. Der Einzelne hat von heute auf morgen mehr netto vom brutto. Nach meiner Einschätzung wird das mittelfristig auch zur Veränderung des Denkens führen. Der Handelnde steht nicht mehr vor der Frage: „Was ist erlaubt?“ oder „Wie umgehe ich die Regel?“, sondern vor der pragmatischen Frage: „Wie löse ich das Problem, das sich mir stellt?“. Die Probleme der Realität verdrängen politische Probleme. Beim Einzelnen wird sich das Maß an Verantwortung für das eigene Leben erhöhen, ebenso wie das Risiko über die eigenen Entscheidungen. Der Einzelne muss sich aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit befreien. Die reale Utopie ist erreichbar, Ludwig von Mises beschrieb den Liberalismus folgendermaßen:



„Der Liberalismus ist keine Religion, keine Weltanschauung und keine Partei der Sonderinteressen. Er ist keine Religion, weil er weder Glauben noch Hingabe fordert, weil nichts Mystisches um ihn webt und weil er keine Dogmen hat; er ist keine Weltanschauung, weil er nicht den Kosmos erklären will und weil er uns nichts sagt und nichts sagen will über Sinn und Zweck des Menschendaseins“.

Für die skizzierte Minimalstaats-Reform muss vieles zusammenkommen. Zum einen braucht es eine Partei, die das Programm politisch anbietet und dann auch umsetzt. Zum anderen braucht es eine Mehrheit an Bürgern, die eine solche Politik wollen und wählen. Es gibt Tendenzen, dass diese Voraussetzungen mehr und mehr geschaffen und erreicht werden. Der Ruf nach Freiheit wird immer deutlicher vernehmbar. Der Wille allein reicht dafür aber nicht aus. Es ist viel zu tun.



Klassischer Liberalismus: Vitamine für die Wirtschaft

Ökonomik, Geopolitik und das Sicherheitsdilemma

von Prof. Dr. Erich Weede



Freihandel schafft Wohlstand, wirtschaftliche Verflechtung kann Frieden fördern – doch geopolitische Rivalität folgt anderen Gesetzen. Prof. Dr. Erich Weede zeigt, warum ökonomische Vernunft und sicherheitspolitische Logik immer wieder in Konflikt geraten: Was Märkte effizienter macht, kann Staaten zugleich verwundbarer werden lassen. Mit Blick auf China, Russland, die Ukraine und die strategische Lage des Westens plädiert er deshalb für eine Politik, die wirtschaftliche Freiheit bewahrt, ohne die Realitäten von Macht, Abschreckung und Sicherheitsinteressen zu verdrängen.

Ökonomen und Geopolitiker leben zwar in derselben Welt, aber sie beschäftigen sich mit unterschiedlichen Fragen und Problemen und müssen deshalb auch unterschiedliche Analysen liefern. Ökonomen beschäftigen sich mit Arbeitsteilung und Tausch, mit komparativen Kostenvorteilen, effizienter Ressourcenallokation und Besserstellung aller Beteiligten durch freiwilligen Tausch. Oft geht es ihnen um Koordination und Positivsummenspiele, bei denen viel gewonnen werden kann und Verluste vor allem durch die bei Menschen unvermeidlichen Fehlentscheidungen auftreten. Die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen ist ein typisches Ziel ökonomischer Überlegungen, die Konsumentensouveränität ein Leitgedanke. Obwohl die folgenden Einsichten von Denkern der österreichischen Schule entwickelt wurden, akzeptieren sie auch viele andere Ökonomen.

Kurz nach dem ersten Weltkrieg und der leninistischen Machtergreifung in Russland erkannte Ludwig von Mises, dass es ohne Privateigentum an Produktionskapital keine Knappheitspreise auf Inputmärkten und damit keine rationale Ressourcenallokation geben kann. Am Ende des zweiten Weltkrieges fügte Friedrich August von Hayek hinzu, dass wir wirtschaftliche Freiheit und dezentrale Entscheidungen benötigen, wenn wir das auf eine Vielzahl von Köpfen verstreute Wissen nutzen wollen, dass Planwirtschaft deshalb nicht funktionieren kann. Das ist eine überprüfbare Behauptung, die sich

durch Gesellschaftsvergleiche eindrucksvoll belegen lässt – egal ob man die beiden Supermächte des Kalten Krieges oder zeitweise geteilte Länder wie Deutschland, Korea oder auch China betrachtet, denn die dem Festland vorgelagerte Insel Taiwan hat schon lange und immer noch eine deutlich höhere Wirtschaftsleistung pro Kopf als die Volksrepublik China. Die wirtschaftlich freiere oder mehr über den Markt koordinierte Volkswirtschaft ist überall wesentlich stärker und produktiver als das planwirtschaftlich organisierte Gegenbild. Man kann in diesem Zusammenhang auch darauf verweisen, dass in kommunistischen Planwirtschaften ca. hundert Millionen Menschen durch staatliches Handeln ihr Leben verloren haben, wovon mindestens die Hälfte den Hungertod gestorben ist. Wenn man das Ausmaß der wirtschaftlichen Freiheit quantitativ erfasst, dann findet man, dass wirtschaftlich freiere Gesellschaften sowohl reicher als unfreiere sind als auch schneller wachsen. Natürlich beweisen solche Korrelationen keine Kausalitäten, aber sie können zur Überprüfung von Theorien beitragen und sprechen für die Überlegenheit freiheitlicher Gesellschaften.

Das Sicherheitsdilemma und die Geopolitik

Geopolitiker beschäftigen sich mit ganz anderen Problemen und stellen ganz andere Fragen. Ihr zentrales Problem ist das Sicherheitsdilemma. Solange es keine übergeordnete Instanz gibt, die auch die stärksten Mächte daran hindern kann, andere Staa-

ten anzugreifen, zu besetzen und vielleicht zu vernichten, gilt das Prinzip der Selbsthilfe. Weil kleinere Staaten dabei wenig Aussicht auf Erfolg haben, gilt das vor allem für Großmächte: Man muss in der Lage sein, fremde Angriffe abzuschrecken und notfalls das eigene Land mit Waffengewalt zu verteidigen. Viele Waffen, die der Selbstverteidigung dienen können, eignen sich auch für den Angriff. Deshalb verfolgen Großmächte oft eine Strategie, die man ‚Frieden durch Stärke‘ oder ‚Sicherheit durch Überlegenheit‘ nennen kann. Die Notwendigkeit der Selbsthilfe führt deshalb dazu, dass viele Staaten kriegsbereit sind, wodurch sich andere Staaten bedroht fühlen. Selbst im günstigsten denkbaren Fall – wenn die Abschreckung funktioniert und es nicht zum Krieg kommt – setzt jede Seite wertvolle Ressourcen ein, nur um den Ressourceneinsatz der anderen Seite zu neutralisieren.

Im Kriegsfall kommen Zerstörungen auf beiden Seiten, gefallene Soldaten und meist in noch höherer Zahl zivile Opfer hinzu. Es wird viel verloren und wenig gewonnen. Selbst für Sieger ist das Kriegsergebnis oft problematisch. Der Westverschiebung der Grenze der Sowjetunion am Ende des zweiten Weltkriegs und der Unterwerfung einer Einflussphäre bis zur Werra stehen mindestens 20 Millionen verlorene Menschenleben auf der sowjetischen Seite gegenüber. Auch die Kriegsgefahr war nach der Vernichtung Hitler-Deutschlands wegen der Konfrontation von Sowjets und Amerikanern am Eisernen Vorhang nicht verschwunden. Mit dem amerikanischen Geopolitiker John Mearsheimer kann man im Sicherheitsdilemma und der üblichen staatlichen Reaktion darauf bzw. der latent immer bestehenden Kriegsgefahr eine Tragödie sehen. Schon vor der Verbreitung von Atomwaffen mit dem Potenzial der Selbstausrottung der Menschheit ging es in der Geopolitik immer um gewaltige Opfer und große Risiken. Selbst mit einer vorbeugenden

Kapitulation kann man dem Sicherheitsdilemma nicht entkommen. Denn das eigene Territorium kann dann immer noch Schlachtfeld anderer Großmächte werden und die eigenen Leute zur Zwangsarbeit verpflichtet oder gar ausgerottet werden.

Aus der Sicht von Geopolitikern ist Ökonomik keine ‚dismal science‘, sondern zumindest die freiheitliche Marktwirtschaft eher eine Idylle und die Ökonomik als Wissenschaft verrät einem sogar, wie man das Knappheitsproblem mildern kann. Obwohl Ökonomen auch Wirtschaftskrisen analysieren, obwohl sie darüber streiten, ob Märkte inhärent stabil sind oder häufig staatliche Eingriffe benötigen, gehen sie letztlich von einem optimistischen Menschenbild aus und fragen, was Menschen im eigenen Interesse füreinander tun können. Ganz anders sieht es bei Sicherheitspolitikern und Geopolitikern aus. Die fragen, was staatlich organisierte Menschen einander antun können.

Wirtschaftliche Interdependenz – also grenzüberschreitende Lieferketten und internationaler Handel oder auch Auslandsinvestitionen – ist das Feld, wo eine ökonomische und eine geopolitische Analyse gleichermaßen notwendig sind, aber nicht unbedingt vereinbare Implikationen haben. Ökonomen verweisen wieder auf die Möglichkeiten, was dabei gewonnen werden kann. Freihandel vergrößert den Markt. Adam Smith wusste schon im 18. Jahrhundert, dass das Ausmaß der Arbeitsteilung und deshalb auch die damit verbundenen Produktivitätsgewinne und Innovationschancen von der Größe des Marktes abhängen. Später fügte David Ricardo hinzu, dass der internationale Handel die Möglichkeiten zur Ausnutzung komparativer Kostenvorteile vermehrt. Grundsätzlich sprechen damit ökonomische Überlegungen für den Freihandel. Der Freihandel dient vor allem den Konsumenten in allen daran beteiligten Gesellschaften, weil

sie zwischen den preisgünstigsten und qualitativ besten Produkten aus einer Vielzahl von Ländern wählen können. Natürlich setzt das überall die heimischen Produzenten unter Wettbewerbsdruck. Ihr Spielraum dafür sinkt, schlechte Produkte zu überhöhten Preisen absetzen zu können. Einschränkungen des Freihandels sollten deshalb als Schritte zur Einschränkung der wirtschaftlichen Freiheit und in Richtung Planwirtschaft verstanden und abgelehnt werden.

Für Sicherheitspolitiker dagegen sind Freihandel und wirtschaftliche Interdependenz nicht eine Chance, sondern ein Problem. Offensichtlich will niemand einem Rivalen, mit dem man bald in einen Krieg verwickelt werden könnte, Waffen liefern. Aber auch Vorprodukte – wie Stahl, der zum Bau von Panzern oder Kriegsschiffen verwendet werden könnte – sind problematisch. Generell gilt das für alle Produkte, die zivilen oder militärischen Zwecken dienen könnten. Man will weder zur Ernährung der Bevölkerung oder gar der Streitkräfte des Rivalen noch zur Ausstattung von dessen Lazaretten beitragen. Dem Sicherheitspolitiker sind Freihandel und wirtschaftliche Interdependenz also grundsätzlich suspekt. Je intensiver die Rivalität und je höher die Kriegsgefahr unter zwei Staaten ist, desto mehr gilt das. Aus sicherheitspolitischer Perspektive ist es grundsätzlich wünschenswert, dass man sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten möglichst viele Partner hat, dass man Klumpenrisiken vermeidet. Dass Deutschland lange Zeit große Teile seiner Energie aus Russland bezog und viele deutsche Unternehmen immer noch stark vom chinesischen Markt abhängen, ist genauso wie die Vernachlässigung der Bundeswehr kein Zeichen von sicherheitspolitischer Umsicht. Beim Bezug seltener Erden hat sogar der Westen als Ganzes das Diversifikationsgebot vergessen und sich allzu sehr auf China verlassen, das inzwischen zum Rivalen

der USA bei der Auseinandersetzung um die globale Vormachtstellung herangewachsen ist. Daraus folgt allerdings nicht, dass Sicherheits- und Geopolitiker den Freihandel oder allgemeiner die wirtschaftliche Interdependenz unter rivalisierenden Staaten immer und überall ablehnen sollten.

Frieden durch Freihandel?

Denn in der quantitativen empirischen Forschung zu den Kriegen der letzten zwei Jahrhunderte hat sich gezeigt, dass die Kriegsgefahr unter wirtschaftlich interdependenten und viel Handel miteinander treibenden Staaten gedämpft wird. Man kann hier von ‚Frieden durch Freihandel‘ oder auch einem ‚kapitalistischen Frieden‘ sprechen. Wie viele theoretische Aussagen in den Sozialwissenschaften ist auch dieser Effekt umstritten und nur probabilistisch, d. h. wirtschaftliche Zusammenarbeit dämpft zwar die Kriegsgefahr, aber nicht immer zuverlässig. Dasselbe gilt auch für den demokratischen Frieden. Man hat beobachtet, dass die zwischenstaatlichen Beziehungen unter Demokratien außergewöhnlich friedfertig sind. Während die Kriegsgefahr unter zwei Staaten schon sinkt, wenn auch nur einer freihändlerisch orientiert ist, gilt das nicht für Demokratien. Wenn ein Land Demokratie, das andere aber eine Autokratie ist, dann steigt die Kriegsgefahr und ist sogar höher als unter zwei Autokratien. Deshalb sollte man den Freihandel für einen wirksameren Weg zum Frieden als die Demokratisierung halten. Außerdem steigert Freihandel den Wohlstand, der seinerseits das Entstehen und Überleben von Demokratien fördert.

Sicherheitspolitisch ist Freihandel ambivalent. Je nach den Umständen kann er den Rivalen stärken oder das Kriegsrisiko senken. Da gilt es abzuwägen, wobei man sich allzu leicht irren kann. Ein gutes Beispiel für positive Auswirkungen des Freihandels sind die Bezie-

hungen zwischen den Verlierern des zweiten Weltkriegs, Deutschland und Japan einerseits und den Westmächten andererseits. Es ist plausibel, diese seit langem friedlichen Beziehungen auf die wirtschaftliche Interdependenz zurückzuführen.

Trotz der lange Zeit recht engen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen den USA und China lässt sich eine Dämpfung des Konfliktpotenzials dort allerdings nicht feststellen. Das lässt sich vor allem durch zwei einander ergänzende Gründe erklären. Erstens trägt Freihandel vor allem dann zur Konflikt-dämpfung bei, wenn man erwarten darf, dass er nicht nur heute herrscht, sondern auch morgen noch. Nur dann kann man sich auf Lieferungen aus anderen Ländern oder Absatzmärkte dort verlassen. Durch die – trotz berechtigter Zweifel an ihrer Wirksamkeit – zunehmende Beliebtheit von Wirtschafts-sanktionen in der Hoffnung, andere Nationen zu Verhaltensänderungen zu bewegen, muss die Erwartung zukünftigen Freihandels geschwächt worden sein. In Peking konnte man zwar nicht sehen, dass die westlichen Wirtschaftssanktionen Nordkorea vom Bau eigener Atombomben oder Russland von der Fortführung des Krieges in der Ukraine abgehalten haben, aber man hat sich dort bestimmt gefragt, ob westliche Staaten Maßnahmen eines Wirtschaftskrieges nicht auch gegen China einsetzen könnten. Unabhängig von und teilweise auch zeitlich vor Trumps Neigung, Zölle als Waffe einzusetzen, muss das den befriedenden Effekt des Freihandels gedämpft haben.

Zweitens hat das ungewöhnlich hohe Ausmaß des Freihandels in der Globalisierungsphase zum Aufstieg Chinas beigetragen. Denn die wirtschaftliche Freiheit im Westen und der Freihandel haben die Vorteile der Rückständigkeit verstärkt. China konnte Techniken und Organisationsformen vom Westen übernehmen, Menschen zur Fortbildung in den

Westen schicken und kaufkräftige westliche Märkte bedienen. Schon Hayek hatte darauf hingewiesen, dass selbst diejenigen, denen ihre Regierung noch die Freiheit vorenthält oder begrenzt, von der wirtschaftlichen Freiheit anderswo profitieren können. Das haben die Chinesen getan und in 45 Jahren ihre Wirtschaftskraft um den Faktor 40 erhöht, sodass sie jetzt zwar noch nicht bei den gängigen Umtauschkursen, aber kaufkraftbereinigt über eine größere Volkswirtschaft als die USA verfügen.

Der Freihandel hat zwar den materiellen Lebensstandard von Amerikanern und Chinesen angehoben, aber natürlich nicht die geopolitische Hackordnung konserviert. Weil der Kapitalismus oder eine freiheitliche Wirtschaftsordnung schöpferische Zerstörung zulässt, war das auch nie denkbar. Durch stürmisches Wachstum in einer Ära des Freihandels konnten die Chinesen in die Rolle des Rivalen und Herausforderers der USA hineinwachsen. Dass die beiden stärksten Wirtschaftsmächte um die Vorherrschaft kämpfen, kann keinen Geopolitiker überraschen. Nummer 1 und Nummer 2 rivalisieren miteinander, weil jeder langfristig den anderen bedrohen könnte. Kurzfristig spielt natürlich das militärische Gewicht die größere Rolle als die Wirtschaftskraft. Aber langfristig ist die Wirtschaftskraft die Basis, die die Finanzierung von Rüstung, Streitkräften und Wettrüsten ermöglicht.

Geopolitische Herausforderungen für den Westen

Aus der ökonomischen Erkenntnis, dass wirtschaftliche Freiheit produktiv ist, dass sie zu Wohlstand und Wachstum beiträgt, folgt, dass die westlichen Gesellschaften trotz aller bestehenden und leider sogar zunehmenden Freiheitsdefizite – dabei denke man etwa an die steigenden Staatsquoten und die zunehmende Verschuldung der meis-

ten westlichen Länder, an die erstickende Bürokratisierung und an die zunehmende Neigung zur Industriepolitik – etwas zu verlieren haben, solange die EU freier als Russland und die USA freier als China bleiben. Deshalb gibt es für die westlichen Staaten keine vernünftige Alternative dazu, sich dem Sicherheitsdilemma auf die übliche Art zu stellen, also aufzurüsten, in der Hoffnung, Angriffe abzuschrecken.

Es kann allerdings kein Zweifel daran bestehen, dass Kriegsvorbereitung notwendigerweise immer zu Maßnahmen verleitet, die wirtschaftliche Freiheit und Wohlstand kosten. Das gilt für Rüstungs- und Industriepolitik, für Wehrpflicht, für Versuche, vom Ausland unabhängiger zu werden, oder die Neigung zur Schuldenfinanzierung der Aufrüstung gleichermaßen. Entscheidend ist, dass die Politik dabei nur minimalinvasiv eingreift und die wirtschaftliche Freiheit nicht unnötig beschädigt.

Seitdem mehrere Staaten über große Arsenale von Atomwaffen und Trägersystemen verfügen, ist die Selbstausrottung der Menschheit im Atomkrieg denkbar geworden. Mangels Erfahrung mit Atomkriegen müssen alle Aussagen hier spekulativ und unsicher sein. Aber von der Weigerung, über das Undenkbare nachzudenken, ist auch nichts Gutes zu erwarten. Sicherheitspolitik muss grundsätzlich das Ziel verfolgen, einen allgemeinen und ungebremsten Atomkrieg zu vermeiden. Dabei kann die Vorstellung einer Eskalationsleiter mit Stufen oder Schwellen hilfreich sein, wenn beide Seiten in einem Krieg gleichermaßen befürchten, dass das Überschreiten einer Schwelle die Eskalationsgefahr Richtung allgemeinem Atomtod steigen lässt. Konkret kann der Krieg in der Ukraine als Illustration dienen. Vermutlich hat der russische Angriff auf die Ukraine allein schon das Risiko eines Atomkrieges zwischen Russland und dem Westen steigen lassen.

Die westliche Unterstützung der Ukraine durch Geld, Waffen und Wirtschaftssanktionen gegen Russland dürfte in Moskau als Eskalation wahrgenommen werden. Aus russischer Sicht hat sich der Westen damit in die russische Einflussosphäre eingemischt. Weil Russland bisher den konventionellen Krieg nicht verliert, hat Russland bisher auf den Einsatz von Atomwaffen auf ukrainischem Gebiet verzichtet, was ein denkbarer weiterer Eskalationsschritt wäre. Unerwartete und gegenwärtig recht unwahrscheinliche ukrainische Siege könnten die russische Führung zur Verzweiflung bringen und zum Überschreiten der nuklearen Schwelle verleiten. Dabei kann man mehrere nukleare Schwellen unterscheiden: etwa den Einsatz von Atomwaffen gegen die atomwaffenfreie Ukraine, gegen ein NATO-Land, gegen eine europäische Atommacht, gegen die USA. Denkbar, aber m. E. unplausibel, wäre eine laterale Eskalation mit konventionellen Waffen, die sich gegen ein NATO-Land richten könnte.

Auf westlicher Seite sind denkbare, Schwellen überschreitende Schritte: der Einsatz westlicher Truppen zugunsten der Ukraine, die Übergabe von Atomwaffen an die Ukraine und der Einsatz westlicher Atomwaffen gegen Russland. Niemand hat bisher die beiden letzten Schwellen überschreiten wollen, aber der französische Präsident hat immerhin schon laut über die Entsendung westlicher Truppen in die Ukraine nachgedacht. Da beruhigt es, dass der amerikanische Präsident Trump deutlich zurückhaltender ist.

Aus einer Entscheidung zugunsten der Aufrüstung europäischer Länder zwecks Abschreckung Russlands folgt nicht notwendigerweise eine Bereitschaft zur Unterstützung der Ukraine. Man kann aber bezweifeln, ob es für die weitgehend abgerüsteten europäischen Länder klug war, im Ukraine-Krieg recht energisch gegen Russland Partei zu ergreifen. Solange die Ukraine

die Hoffnung hat, die Russen aus zumindest einigen besetzten Gebieten wieder zu vertreiben, muss sie ein Interesse daran haben, den Westen oder Teile des Westens zur Entsendung eigener Truppen zu verleiten und damit eine wichtige Schwelle auf der Eskalationsleiter zu überschreiten. Vor allem fast abgerüstete Länder ohne eigene Atomwaffen wie Deutschland können dieses Risiko nicht eingehen wollen.

Es gibt nicht nur einen latenten Interessengegensatz zwischen der Ukraine und ihren westlichen Unterstützern wegen der unterschiedlichen Bereitschaft, Eskalationsrisiken einzugehen, um möglichst wenig von der Ukraine den Russen zu überlassen. Es muss auch einen Interessengegensatz zwischen Europäern und Amerikanern geben, der sich aus den geopolitischen Realitäten ergibt. Während die USA und China zumindest von der Größenordnung her über eine ähnliche Wirtschaftskraft verfügen, dürfte die russische Wirtschaftskraft nur bei ungefähr einem Zehntel davon liegen. Außerdem dürfte es Russland schwerfallen, nicht weiter gegenüber den USA und China zurückzufallen. Daraus können die Amerikaner schließen, dass die Einhegung der absteigenden Großmacht Russland immer unwichtiger wird. Die weitgehend abgerüsteten Europäer können das anders sehen und nach wie vor an der Abschreckung und Einhegung des russischen Nachbarn interessiert sein.

Aber für die Amerikaner geht es darum, den ökonomischen und technologischen Wettlauf und das beginnende Wettrüsten mit China zu gewinnen. Weil russische Rohstoffe für China wichtig sind, müssen die Amerikaner ein Interesse daran haben, Russland aus der chinesischen Umarmung zu befreien, damit China keine Einflussosphäre bis an die Ostsee bekommt. Wenn die USA ihr nationales Interesse so definieren, dann ist die westliche Parteinahme für die Ukraine ein

korrekturbedürftiger Fehler gewesen. Es ist zumindest nicht auszuschließen, dass Trump die Dinge so sieht. Dann wären die Europäer gegenüber Russland auf sich gestellt. Man darf bezweifeln, ob das den Politikern in Berlin, London oder Paris hinreichend bewusst ist. Die russische Eskalationsbereitschaft kann sowohl durch militärische Misserfolge im Kampf mit der Ukraine als auch durch eine Entfremdung von Amerikanern und Europäern provoziert werden. Trumps Vorstellung, dass die Europäer amerikanische Waffenlieferungen an die Ukraine künftig allein bezahlen sollen, dokumentiert diese Entfremdung oder Interessendivergenz.

Hayek Clubs

Vorträge. Diskussionen. Events.

Hier geht es zu den Veranstaltungen:

<https://hayek.de/termine/>

Freiheit wird nicht abgeschafft – sie wird konfiguriert

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Christophe Lüttmann



In seiner Zürcher Freiheitsrede warnt Christophe Lüttmann vor dem schleichenden Verlust jener Freiheitsrechte, die lange als selbstverständlich galten: Eigentum, Meinungsfreiheit, Eigenverantwortung und begrenzte Staatsmacht. Im Gespräch mit dem hayekforum vertieft er seine Thesen – pointiert, unbequem und mit klarem Bezug zur Österreichischen Schule, zur Schweiz und zur politischen Gegenwart Europas.

Lieber Christophe Lüttmann, deine Rede beginnt mit einem Satz, der so manche Menschen provozieren könnte: Freiheit sei das, was man tue, ohne vorher um Erlaubnis fragen zu müssen. Ist das nicht radikal?

Christophe Lüttmann | Radikal ist daran nur, dass sie an die Wurzel geht. Freiheit ist kein Sonderrecht, das der Staat gnädig zuteilt. Sie ist der Normalzustand des Menschen. Früher musste begründet werden, warum etwas verboten wird. Heute soll der Bürger erklären, warum er etwas noch dürfen sollte.

Sie sprechen von einem leisen Freiheitsverlust. Warum ist Ihnen dieses „leise“ so wichtig?

Christophe Lüttmann | Weil offene Verbote Widerstand erzeugen. Die gefährlicheren Eingriffe kommen als Verfahren, Standards, Auflagen, Meldepflichten, algorithmische Sortierungen. Niemand ruft „Zensur“, wenn eine Meinung nur noch unsichtbar gemacht wird. Niemand ruft „Enteignung“, wenn Eigentum durch Steuern, Inflation und Regulierung entkernt wird.

Eigentum und Meinungsfreiheit sind für Sie die beiden Kernpunkte.

Christophe Lüttmann | Ja. Wer Eigentum hat, aber nicht reden darf, ist ein gut versorgter Gefangener auf eigenem Grund. Wer reden darf, aber nichts besitzt, bleibt abhängig vom Wohlwollen anderer, oft vom Staat. Freiheit ist nur vollständig, wenn beides zusammenkommt: das Recht, zu denken und zu

sprechen, und die Möglichkeit, unabhängig zu handeln.

Besonders scharf kritisieren Sie Inflation. Viele sehen darin nur Technik.

Christophe Lüttmann | Das ist die bequeme Verharmlosung. Inflation ist keine Wetterlage. Sie ist Ergebnis politischer und geldpolitischer Entscheidungen. Sie trifft die Menschen nicht gleich. Wer nah am Geldsystem sitzt, bekommt neues Geld früh. Wer spart, plant und vertraut, zahlt später höhere Preise. Das ist Umverteilung ohne ehrliche Debatte.

Beim digitalen Euro warnen Sie vor totaler Kontrolle. Übertreiben Sie da nicht?

Christophe Lüttmann | Nein. Ich sage nicht, dass morgen jeder Einkauf gesperrt wird. Ich sage: Eine Architektur, die Geld programmierbar macht, schafft Macht, die eine freie Ordnung nicht leichtfertig vergeben darf. Es geht nicht um Bequemlichkeit an der Kasse. Es geht darum, ob Geld künftig an Bedingungen geknüpft werden kann.

Sie kritisieren auch die EU. Ist das ein Bruch mit der liberalen Idee offener Märkte?

Christophe Lüttmann | Im Gegenteil. Der ursprüngliche Gedanke Europas war klug: Handel statt Krieg, Austausch statt Feindschaft. Aber Kooperation ist etwas anderes als Zentralisierung. Heute entscheidet eine immer dichtere Steuerungsstruktur über Standards, Taxonomie, Lieferketten, Sub-



ventionen und Verhaltensanreize. Aus dem Marktprojekt wurde ein Regulierungsprojekt.

Auch Demokratie behandeln Sie ausgesprochen nüchtern.

Christophe Lüttmann | Macht verdient keine Ehrfurcht. Sie verdient Kontrolle. Demokratie kann Herrschaft begrenzen, aber sie kann Eigentum, Freiheit und Verantwortung auch an politische Apparate delegieren. Wer heute beschließt und morgen nicht haftet, produziert Kurzfristigkeit. Kritik daran ist kein Extremismus, sondern liberaler Grundanstand.

Warum erscheint Ihnen ausgerechnet die Schweiz als Gegenmodell?

Christophe Lüttmann | Nicht, weil sie perfekt wäre. Sondern weil Macht dort kleinteiliger, näher und eher reversibel ist. Föderalismus, Subsidiarität und Sachabstimmungen verändern das Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Der Bürger ist nicht nur Zuschauer einer Parteikonferenz alle vier Jahre, sondern Mitentscheider konkreter Fragen.

Was wäre der erste Schritt zurück zu mehr Freiheit?

Christophe Lüttmann | Der Bürger muss aufhören, sich als Objekt politischer Gestaltung zu begreifen. Freiheit braucht keine Helden, sondern Menschen, die Verantwortung nicht delegieren. Eigentum achten. Verträge respektieren. Macht begrenzen. Kooperation freiwillig halten. Und vor allem: wieder frei denken, bevor andere das Denken verwalten.



Deutschland: Dekadent verunglückt?



Demokratie braucht Widerspruch

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Roman Zeller



Im Gespräch mit dem Journalisten Roman Zeller von der Schweizer Wochenzeitung Die Weltwoche geht es um Perspektivenwechsel im Journalismus, den Umgang mit dominanten Narrativen und die Rolle der Presse in polarisierten Zeiten. Zeller beschreibt, warum provokante Gegenpositionen für ihn zum demokratischen Diskurs gehören – und weshalb Irritation oft der Beginn von Erkenntnis ist.

Die Weltwoche gilt als Medium, das bewusst gegen dominante Narrative anschreibt und Perspektiven verschiebt. Wo haben Sie, lieber Roman Zeller, persönlich erlebt, dass dieser Perspektivenwechsel tatsächlich Erkenntnisgewinn erzeugt hat und wo vielleicht auch Irritation oder Missverständnisse?

Roman Zeller | Ich erlebe diesen Erkenntnisgewinn persönlich immer dann, wenn das offizielle Narrativ zur unantastbaren Wahrheit festgezurrst wird und die mediale Einheitsfront im Gleichschritt marschiert.

Ob zum Beispiel bei der Corona-Pandemie, dem Ukraine-Krieg, bei Donald Trump, der AfD, Putin, China: Sobald es heißt, «das darf nicht sein», «unmöglich», «darüber darf man nicht reden, nicht diskutieren», dann schep-
pern bei mir die Alarmglocken. Wenn alle in die gleiche Richtung rennen, bietet die andere Sicht zwangsläufig einen Mehrwert – weil sie eben den toten Winkel der Mehrheitsmeinung ausleuchtet.

Sie wollen damit sagen, dass nur so eine lebendige Demokratie funktioniert.

Roman Zeller | Ja, genau. Demokratie ist nichts für Harmoniesüchtige, sondern eine Arena, wo Wettbewerb der Argumente herrscht, wo das Unbequeme, auch das politisch Unkorrekte auf den Tisch muss. Zur möglichst breiten Willensbildung und Entscheidungsfindung. Nicht einige wenige sollen bestimmen, was gut ist, sondern die Mehrheit, die Bürger. Dass dies Irritation auslöst,

ist kein Betriebsunfall, sondern das Ziel; eine Presse, die niemanden und schon gar nicht die «Guys in Charge» mehr stört, ist keine Presse, sondern eine PR-Abteilung der Mächtigen.

Wer an den festzementierten Thronen der Eliten rüttelt, muss mit Lärm rechnen, denn wer an der Macht ist, mag es naturgemäß nicht, wenn man an seinem Stuhl sägt. Was uns dann oft als Missverständnis entgegenschlägt, ist in Wahrheit die intellektuelle Kapitulation des Gegenübers. Mir fällt immer wieder auf: Statt sich inhaltlich mit Argumenten auseinanderzusetzen, flüchtet man sich in die moralische Keule und die hysterische Schubladisierung: «rechts», «rechtsextrem», «Nazi» – was natürlich vollkommen absurd ist.

Mir zeigt das: Man schießt in der heutigen Zeit lieber auf den Boten, weil man die Botschaft nicht widerlegen kann. Mag ja sein, dass auch wir uns bei der Weltwoche mal irren – das gehört zum Menschsein dazu! Aber entscheidend ist, dass man im Diskurs bleibt. Rede und Gegenrede, auch Streit, das ist das Lebenselixier der Demokratie – und der Freiheit. Wer nur noch die Einbahnstraße des Denkens zulässt, befindet sich auf dem direkten Weg in die geistige Diktatur, und dagegen halten wir mit einer gewissen sportlichen, auch verspielten Freude die Stellung. Gut gelaunt!

Wenn Sie Themen gegen den medialen Mainstream setzen: Erleben Sie bei Ihrer Leserschaft eher Bestätigung, produkti-

ven Widerspruch oder eine Zuspitzung der Polarisierung? Und woran merken Sie, ob ein Perspektivenwechsel als intellektuelle Einladung verstanden wird – oder als Provokation?

Roman Zeller | Ich erlebe das volle Spektrum, die gesamte Klaviatur an Reaktionen – von glühender, euphorischer Zustimmung und tiefer Dankbarkeit für die Frischluft aus den Schweizer Bergen bis hin zur hasserfüllten Empörung.

Das ist völlig natürlich: Wer sich wie wir der – im Idealfall – intelligenten Provokation verschrieben hat, wer den Mut hat, festgefahrene Denkmuster zu hinterfragen, aufzubrechen, der erntet zwangsläufig Reaktionen, auch heftige. Besonders bei hochgradig emotionalisierten Themen wie den Kriegen in der Ukraine, in Gaza, im Iran, kochen die Gemüter hoch. Woran ich erkenne, ob unser Perspektivenwechsel als Einladung oder reine Provokation verstanden wird? Das zeigt sich schnell an der Qualität der Rückmeldung.

Wie sehr kochen die Emotionen bei den Leuten hoch, wenn man den Wechsel der Perspektive zumutet?

Roman Zeller | Es gibt den emotionalen Kurzschluss, den reflexartigen Angriffsmodus, bei dem die Leute mit Schaum vor dem Mund in Pauschalisierungen flüchten – da geht die Emotion sofort über die Finger auf die Tastatur, ohne den Umweg durch den Kopf gemacht zu haben. Aber – und das ist das Schöne – es gibt eben auch das Gegenteil: Ich erhalte regelmäßig hochinteressante Zuschriften und Kommentare, die sich inhaltlich mit unseren Thesen auseinandersetzen.

Das sind die Momente, in denen ein echter, produktiver Diskurs entsteht, der uns zwingt, auch die eigene Position noch einmal zu hinterfragen. Wenn ein Leser schreibt: «Ich sehe

das völlig anders als Sie, aber Ihr Argument X hat mich zum Nachdenken gebracht», dann ist das Ziel erreicht. Am Ende ist mir jede leidenschaftliche Reaktion lieber als die Friedhofsruhe. Stellen Sie sich eine Welt vor, wo man sich nur noch gegenseitig bestätigt und auf die Schulter klopft. Schlimm! Daher sind mir auch die hysterischen Reaktionen der Medien lieber als die Totenstille; würde die Weltwoche nichts mehr auslösen, würde nichts mehr in Schwung kommen, wären wir auf einem ganz falschen Weg.

Was macht es mit Ihnen persönlich, dauerhaft gegen Mehrheitsdeutungen zu arbeiten? Stärkt das Ihre innere Unabhängigkeit oder erhöht es den Druck, ständig gegen den Strom schwimmen zu müssen? Wo verläuft für Sie die Grenze zwischen notwendiger Gegenposition und bloßer Opposition um der Opposition willen?

Roman Zeller | Wissen Sie, ich sehe mich gar nicht primär als Meinungsmacher, es geht hier weniger um mich persönlich. Ich bin Schweizer, ich bin neutral – und als solcher kenne ich keine Brandmauern. Das liegt einfach nicht in unserem Naturell.

Ich rede mit allen, und ich wünschte mir, dass wir als Gesellschaft wieder mehr miteinander reden, diskutieren, auch leidenschaftlich streiten, statt uns gegenseitig in Schubladen zu stecken, zu diffamieren, anzuschreien. Was mich antreibt, ist eine tiefe, fast schon chronische Neugier auf Menschen und Meinungen. Mich interessiert brennend, was jene zu sagen haben, die in unseren sterilen Debatten als «umstritten» gelten – um dieses Bullshit-Wort einmal zu gebrauchen. Wo sind ihre Argumente? Wo liegen die Missverständnisse? Was blendet die Mehrheit aus?

Natürlich erhöht das den Druck, und klar macht das etwas mit einem. Auch ich bin nur ein Mensch, kein Roboter, und jeder Mensch

hat das natürliche Bedürfnis, irgendwo auch zu gefallen. Aber darum darf es in meinem Beruf nicht gehen. Ich sehe mich in einer Art Rolle des journalistischen Pflichtverteidigers. Wenn ich nicht mit den Verfeimten und Verdammten spreche, wer macht es dann? Jeder Mensch – und sei er in den Augen der Öffentlichkeit noch so «böse» – verdient rechtliches Gehör.

Das habe ich schon im Jurastudium gelernt, 1. Semester: Audiatur et altera pars. Es ist zwingend nötig, diese Rolle einzunehmen, auch wenn es ungemütlich ist. Wo kämen wir sonst hin, wenn wir die Urteile fällen, bevor die Verteidigung überhaupt das Wort ergreifen durfte? Und genau da verläuft die Grenze zur Opposition um der Opposition willen: Mir geht es nicht um plumpen Widerspruch, sondern um die rechtsstaatliche, meinetwegen die demokratische Notwendigkeit, das ganze Bild, die andere Sicht zu zeigen.

Herzlichen Dank für das Gespräch.



**Strompreise?
Wirtschaftlicher Unter-
gang beim Abendrot.**

*Der **Souverän** muss handeln*

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit
Benjamin Berndt



„Wir jammern als Souverän, aber wir handeln nicht als Souverän“ – Benjamin Berndt über Meinungsfreiheit, politischen Konformitätsdruck, die Erneuerungsfähigkeit des Parteiensystems und darüber, warum ein gutes Gespräch für ihn zunächst keinem Zweck dienen muss.

Meinungsfreiheit ist ein Kernbestandteil des klassischen Liberalismus. Sie schützt nicht nur das Recht, eine Auffassung zu äußern, sondern auch den offenen Wettbewerb von Ideen. Und dies gerade dann, wenn Positionen unbequem, unpopulär oder politisch unerwünscht sind. Benjamin Berndt führt in seinem Podcast {ungeskriptet} lange Gespräche mit sehr unterschiedlichen Gästen. Im Gespräch mit Ralf M. Ruthardt geht es deshalb weniger um einzelne Podcastfolgen als um eine grundsätzliche Frage: Wie frei ist der gesellschaftliche Diskurs in Deutschland, wenn Konformitätsdruck nicht als Verbot auftritt, sondern über Institutionen, Förderstrukturen, Parteien, Medien und soziale Milieus wirkt?

Der klassische Liberalismus schützt den Einzelnen vor staatlicher Macht. Mich interessiert aber ein Punkt, der schwieriger zu greifen ist: Was passiert, wenn der Konformitätsdruck gar nicht unmittelbar vom Staat kommt, sondern von Medien, Hochschulen oder bestimmten sozialen Milieus? Wie positioniert sich der Einzelne dann, und was bedeutet das für die Meinungsfreiheit?

Benjamin Berndt | Die Frage ist für mich, ob dieser Konformitätsdruck wirklich nicht vom Staat ausgeht, nur weil ihn beispielsweise Medien, Universitäten oder andere Institutionen äußern. Auffällig ist doch, dass vieles zumindest eine zentrale, häufig auch staatlich mitgeprägte Ursache zu haben scheint. Nehmen Sie die Debatten, die man heute unter dem Begriff Wokismus zusammenfasst.

Als vor einigen Jahren diese Diskussionen über Geschlecht immer größer wurden, habe ich tatsächlich erst einmal gegoogelt, welche neue wissenschaftliche Erkenntnis dahintersteht. Ich dachte in meiner Naivität: Ich habe offenbar etwas verpasst, die Wissenschaft hat neue Erkenntnisse gewonnen, und die fließen nun in Medien und Gesellschaft ein. So funktioniert Fortschritt ja normalerweise. Mein Eindruck war dann aber: So einfach ist es nicht. Vieles ist rein ideologisch geprägt.

Und dann sehe ich Hochschulen, Medien, den NGO-Bereich, Kulturförderung, öffentlich-rechtliche Strukturen und auch staatliche Kommunikation. Steuergelder laufen in viele Kanäle und lassen Abhängigkeiten und Interessenlagen entstehen. Während der Corona-Zeit wurde beispielsweise staatliche Werbung in Medien sehr viel sichtbarer. Gleichzeitig entstand in Teilen der Kulturszene ein Konformismus, den ich bemerkenswert fand. Künstler waren früher doch oft gerade diejenigen, die provozierten und die verrückten Ideen in die Gesellschaft brachten. Plötzlich wurden abweichende Stimmen aus der eigenen Szene sehr schnell angegriffen. Deshalb glaube ich: Es geht nach wie vor viel vom Staat aus. Allerdings deutlich intransparenter als früher. Man weiß oft nicht mehr genau, warum wer wie handelt.

Wenn staatliche Einrichtungen oder Regierungen Fördermittel vergeben, entsteht jedenfalls eine Abhängigkeit. Man beißt ungern die Hand, die einen füttert – vor allem, wenn sich das Ganze noch mit einem moralisch guten Label versehen lässt. Und dann kommt ein zweiter Effekt hinzu: Parlamente, Medien, Hochschulen und gesellschaftliche Milieus können sich gegenseitig verstärken. Ähnlich wie Silos oder Bubbles in sozialen Medien. Man bleibt

unter sich, Fremdbberührung findet immer weniger statt. Entsteht so eine Art geschlossener Resonanzraum?

Benjamin Berndt | Ja. Und wenn ich mit Menschen spreche, die diesen Konformismus einfordern, erlebe ich häufig, dass sie gar nicht besonders gern in ein offenes Gespräch gehen. Mein Eindruck ist dann: Die Argumente sind begrenzter, als es die moralische Gewissheit nach außen vermuten lässt. Gleichzeitig sieht man im Alltag, dass viele Dinge, die medial sehr eindeutig erscheinen, von Menschen ganz anders gelebt werden. Genau diese Differenz zwischen öffentlicher Erzählung und tatsächlichem Verhalten finde ich interessant.

Ich komme aus der Welt eines Softwareunternehmers und versuche folgende Analogie: Bei einer langjährig bewährten Softwarelösung gibt es irgendwann den Punkt, an dem ein weiteres Release nichts mehr hilft. Zu viel Bugfixing, zu viele Ergänzungen und zu viele Abhängigkeiten. Kaum einer blickt mehr durch. Das heißt nicht, dass die Software nie einen Nutzen hatte. Aber unter neuen Rahmenbedingungen muss man sie womöglich neu entwickeln, um einen Technologiesprung zu vollziehen. Sind wir als Gesellschaft an einem ähnlichen Punkt? Brauchen wir einen kreativen, konstruktiven Neustart? Müssen wir bestimmte Personen aus Funktionen herauswählen und andere Leute mit zeitgemäßen Fähigkeiten, Wissen und Erfahrungen hineinwählen?

Benjamin Berndt | Was mir auffällt: Menschen, die politische Spitzenämter besetzen, würden aus meiner Sicht häufig nicht einmal zwingend für mittlere Führungspositionen in erfolgreichen Unternehmen ausgewählt. Das finde ich problematisch. In einer Demokratie soll die Macht vom Volk ausgehen. Wenn aber große Teile der Bevölkerung mit dem, was ihre politischen Vertreter tun, nicht

einverstanden sind, entsteht ein instabiler Zustand. Das kann nicht auf Dauer einfach so weiterlaufen. Es muss irgendeine Form von Erneuerung geben.

Gehen wir noch einmal über den freien Markt. Ein Unternehmen kann scheitern, weil das Management das Gesamtkonstrukt nicht im Griff hat, weil das Produkt keinen Markt findet oder weil es nicht in der nötigen Qualität beim Kunden ankommt. Oft reicht schon einer dieser Punkte. In der Politik scheint es manchmal anders zu sein: Ein politisches Angebot kann an Zustimmung verlieren und bleibt trotzdem im Regal, weil die Parteien darüber entscheiden, was überhaupt in dieses Regal kommt. Müsstent wir Bürger uns also selbst an die Nase fassen, uns stärker engagieren, in Parteien eintreten und dafür sorgen, dass andere Profile nach oben kommen? Jammern wir als Souverän über etwas, das wir am Ende selbst stärker beeinflussen könnten?

Benjamin Berndt | Genau das ist ein wichtiger Punkt: Wir jammern als Souverän, aber wir handeln nicht als Souverän. Wenn wir das täten, wären manche Probleme vermutlich sehr viel schneller lösbar. Der Deutsche meckert viel. Andere Gesellschaften artikulieren Interessen härter und sichtbarer. Aber ich glaube nicht, dass die Lösung einfach darin besteht, in eine Partei einzutreten. Denn das Parteiensystem selbst ist aus meiner Sicht ein Teil des Problems.

In der Wirtschaft haben wir etablierte Unternehmen und Start-ups. Große Unternehmen verlieren irgendwann Innovationsfähigkeit, dann entstehen neue Unternehmen. Manche setzen sich durch, manche werden aufgekauft, andere verschwinden. In der Politik haben wir dagegen alte Kolosse. Sobald ein neues politisches Fünkchen entsteht, wird versucht, es einzuverleiben oder kleinzuhalten. Ein großes Unternehmen muss

wenigstens profitabel sein. Eine Partei muss das nicht in derselben Weise. Ihre Strukturen können sehr lange bestehen. Und wer in einer großen Partei nach oben kommt, scheint mir häufig ein bestimmtes, sehr konformes Profil zu haben.

Das ist der marktwirtschaftlich interessante Punkt: Der Kreislauf von Aufstieg, Wettbewerb, Scheitern und Erneuerung funktioniert in der Politik nur eingeschränkt. Die alten Anbieter versuchen, ihre Position zu halten, aber nicht zwingend, indem sie das bessere politische Produkt anbieten, sondern indem sie ihre Strukturen sichern. Der Bürger ist dann zwar Souverän, aber sein Angebot an tatsächlich wählbaren Alternativen entsteht nicht in einem wirklich freien Markt.

Benjamin Berndt | Genau. Und die kantigen Profile, die Bürger oft spannend finden, haben es in solchen Strukturen schwerer. Sobald jemand erkennbar sagt: Das glaube ich, das halte ich für richtig oder das halte ich für falsch. Und dann muss etwas Entsprechendes in der politischen Umsetzung passieren. Menschen reagieren darauf. Unabhängig davon, ob man die jeweilige Position teilt. Mein Eindruck ist, dass viele Menschen geradezu danach dürsten, wieder jemanden zu erleben, der nicht wie ein austauschbares Produkt wirkt.

Eine sichtbare Folge mangelnder Erneuerungsfähigkeit könnte man auch in der Finanzpolitik sehen. Wenn jemand privat seine Verschuldung laufend erhöht, aber keine plausible Idee hat, wie aus den zusätzlichen Mitteln eine höhere Produktivität oder Rendite entsteht, wird es irgendwann schwierig. Beim Staat erleben wir ebenfalls immer neue Schulden, Steuern, Gebühren und Sondervermögen. Selbstverständlich braucht ein Staat Verteidigungsfähigkeit und Infrastruktur. Aber die Frage bleibt: Wie lange kann ein System strukturelle

Probleme mit immer neuen finanziellen Mitteln überdecken? Haben Sie eine Idee, wie Deutschland aus diesem Dilemma herauskommt?

Benjamin Berndt | Die Grundidee der Demokratie scheint mir zu sein, dass Menschen sich um die Vertretung des Volkes bewerben, und das Volk entscheidet sich für bestimmte Personen. Diese übernehmen dann Verantwortung. Dazu gehört aber auch, dass neue Leute Verantwortung übernehmen können. Genau dieser freie Austausch von Meinungen, Ideen und Verantwortung scheint mir gestört. Deshalb müsste es politische Erneuerung geben. Wie genau das funktioniert, ist schwieriger. Aber ein System, in dem etablierte Kräfte vor allem versuchen, den eigenen Machtverlust zu verhindern, wird auf Dauer nicht stabil bleiben.

Jetzt interessiert mich Ihre eigene Rolle. Ist das, was Sie mit {ungeskriptet} machen, für Sie Unternehmertum oder steckt dahinter ein gesellschaftspolitischer Auftrag?

Benjamin Berndt | Beides ein ganz klein bisschen, aber das ist nicht der Kern. Meine Kernidee ist eigentlich eine künstlerische. Ich möchte das machen, was mir Freude macht. So hat es angefangen. Deshalb ist es auch ein themenübergreifender Podcast. Ich hatte sehr viele Folgen gemacht, bevor Politik überhaupt eine größere Rolle gespielt hat. Das war nie die ursprüngliche Intention.

Mit künstlerisch meine ich Selbstentfaltung: Ich führe das Gespräch so, wie ich es führen möchte. Ich lade Menschen ein, die mich interessieren. Das ist für mich vergleichbar mit jemandem, der einen Song schreibt. Der Künstler schreibt idealerweise nicht zuerst für eine Zielgruppe und fragt: Welche Wirkung muss ich erzeugen? Er sagt: Das ist der Song. Tada! Und dann finden die Leute ihn gut oder schlecht. Beim Podcast ist es ähn-

lich. Ich entscheide nicht, wie viele Menschen ein Gespräch sehen. Ich sage: Liebe Welt, ich habe mit diesem Menschen gesprochen – hier ist das Gespräch. Und dann entscheiden die Zuschauer, was sie damit machen.

Lassen Sie mich Sie ein bisschen zur Arroganz verführen, falls dafür überhaupt Bedarf besteht. (lacht) Dann sind Sie im Grunde der Picasso unter den Podcastern. Nicht, weil ich jetzt über die Größe der Kunst urteilen will, sondern weil Picasso bestehende Strukturen aufgebrochen hat. Er konnte handwerklich sehr wohl klassisch malen, entschied sich aber bewusst anders. Er hat dem Publikum nicht erklärt, was es empfinden soll.

Es oblag den Menschen, ob ein Bild etwas mit ihnen macht. In diesem Sinne sind Sie ein Kreativer, der seine Kreativität so lebt, dass ihm der Tag Freude bereitet. Ich sage bewusst Freude und nicht bloß Spaß. Hinkt der Vergleich?

Benjamin Berndt | Der hinkt gar nicht. Picasso kommt gut auf den zweiten Platz hinter mir. (lacht) Jetzt im Ernst: Ich nehme das Künstlerbeispiel nicht, weil ich mich für einen großen Künstler halte, sondern weil ich glaube, dass Kunst ein echter, authentischer Ausdruck eines Menschen ist. In dem Moment, in dem ich Marketing mache, will ich einen bestimmten Effekt erzielen. Eine politische Kampagne mache ich ebenfalls, um etwas Bestimmtes zu erreichen. Dieses ‚um zu‘ möchte ich beim Podcast möglichst vermeiden.

Mein Ziel ist das Gespräch selbst. Ich sage auch meinen Gästen: Ich möchte heute klüger rausgehen, als ich reingegangen bin. Alles andere ist zweitrangig. Natürlich freue ich mich über Views. Aber ich habe viel lieber ein gutes Gespräch, nach dem ich euphorisiert nach Hause komme und meiner Partnerin erzähle: Du glaubst nicht, was ich heute verstanden habe ... das ist tausendmal

besser als ein schlechter Podcast, der eine Million Klicks bekommt.

Übertragen auf Politik: Haben wir dort zu viele Menschen, die zu sehr auf Marketinginstrumente, Umfragen und Personenmarken schauen, und zu wenige, die authentisch für etwas stehen, was sie tatsächlich bewirken wollen?

Benjamin Berndt | Ich glaube, die Politik ist voll mit sehr ähnlichen Charakteren. Menschen, die man schwer greifen kann, die häufig kein eigenes Profil zeigen und versuchen, sich mit dem Wind zu drehen. Dadurch werden sie austauschbar. Und Menschen spüren das. Menschen vertrauen Menschen und nicht Figuren. Wenn ich ständig überlegen muss: Wer muss ich heute sein? Heute mitfühlend, morgen hart, übermorgen modern. So spiele ich als Politiker eine Rolle, und das eigentliche Profil verschwindet.

Es fehlt vielen aus meiner Sicht das Rückgrat, zu sagen: Das glaube ich, ist falsch, das glaube ich, ist richtig – lass uns darüber streiten. Dieses grundsätzlich Menschliche macht einzelne Politiker so erfolgreich: Man hat das Gefühl, da sagt jemand, was er wirklich denkt. Viele andere wirken, als hätten sie das Parteiprogramm der aktuellen Woche auswendig gelernt und würden es vortragen. Dass Tausende Menschen in einer Partei angeblich nahezu identisch denken, ist doch schon biologisch und menschlich kaum plausibel. Wir sind alle verschieden. Und trotzdem wirken politische Akteure häufig erstaunlich gleich.

Das heißt: Die Authentizität des Einzelnen wird durch Parteiprogramme, Kommunikationslinien und tagespolitische Kernaussagen aus den Parteizentralen gewissermaßen konsolidiert. Und selbst ganz oben leben Politiker dann von Umfragen, Pressespiegeln, Kommunikationskennzahlen und Stabsstellen. So entsteht eine Öffentlichkeit,



die womöglich stärker medial fokussiert ist, als sie tatsächlich der gesellschaftlichen Öffentlichkeit entspricht.

Benjamin Berndt | Genau. Vieles ist top-down. Man könnte ja erwarten, dass ganz oben die Menschen mit dem stärksten eigenen Profil sitzen und alle darunter sagen: Dem folge ich, weil der eine klare Idee hat. Aber so wirkt es auf mich häufig eben auch nicht. Dann wird es für Bürger schwer zu erkennen: Wer ist dieser Mensch eigentlich? Wofür steht er, wenn die Kommunikationslage einmal wegfällt?

Zum Schluss noch eine Frage, die gerade für einen liberalen Blick interessant ist. Wenn etablierte Parteien an Bindungskraft verlieren und neue Kräfte aufsteigen, erleben wir dann tatsächlich einen Befreiungs- und Erneuerungsschlag? Oder tauschen wir nur für eine gewisse Zeit die Akteure, bis auch die neuen Parteien ähnlich funktionieren wie die alten?

Benjamin Berndt | Ich glaube, jedes Produkt, jedes Unternehmen und jede Partei hat einen Lebenszyklus. Eine neue Partei ist zunächst auf einem aufsteigenden Ast. Irgendwann

kommt sie oben an, dann setzt Sättigung ein. Ich glaube nicht, dass eine neue Partei aus besseren Menschen besteht als die alten Parteien. Sie befindet sich einfach an einem anderen Punkt im Lebenszyklus. Und irgendwann müsste wieder die nächste politische Strömung kommen und sagen: Schaut mal, was ihr da macht, das kann doch nicht sein.

Diese Erneuerung ist etwas Natürliches. Wir Menschen leben ja auch nicht unendlich. Gleichzeitig wollen wir Marken, Unternehmen oder Parteien schaffen, die möglichst ewig bestehen. Aber der Zyklus des Lebens gehört dazu: entstehen, wachsen, sich verändern und irgendwann Platz für Neues machen. In der Parteienpolitik versucht man häufig, diesen Zyklus zu durchbrechen. Deshalb sehe ich auch nicht die eine Partei grundsätzlich als besser als die andere. Ich sehe vor allem unterschiedliche Zeitpunkte im Lebenszyklus.

Dann enden wir mit dem ‚Cycle of Life‘. Es war ausgesprochen erfrischend, mit Ihnen sprechen zu dürfen.

Benjamin Berndt | Danke sehr.

**Freiheit
kann nur bewahrt werden
durch Freiheit.**

www.hayek.de

Bitcoin, Freiheit und die Grenzen staatlicher Macht

Joana Cotar und Prof. Götz Piwinger
im Gespräch



Dieses Gespräch wurde im Rahmen einer Veranstaltung des Hayek Club Koblenz im Jahr 2026 geführt. Prof. Götz Piwinger begegnet Joana Cotar als Leiter des Clubs und als wirtschaftsliberal geprägter Gesprächspartner. Beide teilen ein grundsätzliches Interesse an individueller Freiheit, einer Begrenzung staatlicher Macht und offenen Märkten. Das Gespräch ist deshalb kein konfrontatives Interview, sondern ein gemeinsames Nachdenken über Bitcoin, Geldordnung, staatliche Eingriffe und wirtschaftliche Eigenverantwortung.

Joana Cotar, frühere Bundestagsabgeordnete und Initiatorin von „Bitcoin im Bundestag“, erläutert, weshalb sie Bitcoin für mehr als ein Spekulationsobjekt hält. Piwinger greift ihre Überlegungen auf, verbindet sie mit ordnungspolitischen Fragen und führt das Gespräch zur Rolle des Staates als Unternehmer und zur hayekianischen Idee des Währungswettbewerbs. Die nachfolgende Fassung wurde für den Abdruck sprachlich geglättet, gestrafft und in ihrer Gesprächsdramaturgie geordnet. Inhalt und Positionen der Gesprächspartner wurden dabei nicht verändert.

Bitcoin im Bundestag: Gegen Unkenntnis und vorschnelle Urteile

Götz Piwinger | Frau Cotar, Bitcoin ist längst mehr als ein Spekulationsobjekt. Es berührt Grundfragen von Freiheit, Eigentum und staatlicher Macht. Sie haben mit Ihrer Initiative „Bitcoin im Bundestag“ versucht, das Thema in die Politik zu tragen. Was war für Sie der entscheidende Moment?

Joana Cotar | Ganz nüchtern gesagt: die Ahnungslosigkeit vieler Kolleginnen und Kollegen. Bitcoin war entweder überhaupt kein Thema oder es wurde fast ausschließlich negativ betrachtet. Man übernahm die bekannten Vorurteile: Bitcoin verbrauche zu viel Energie, sei schädlich für das Klima und werde vor allem von Kriminellen genutzt. Auf dieser Grundlage wurde dann sogar darüber nachgedacht, wie man Bitcoin verbieten oder möglichst stark einschränken könnte.

Götz Piwinger | Ihr Ausgangspunkt war also weniger die Werbung für ein Anlageprodukt als die Sorge, dass Politik über etwas entscheidet, das sie nicht hinreichend versteht.

Joana Cotar | Genau. Man kann über etwas

nur sinnvoll sprechen und verantwortungsvoll entscheiden, wenn man weiß, worum es geht und die Fakten kennt. Ich hatte den Eindruck, dass sich der Bundestag verrennt. Zugleich sah ich eine große Chance für Deutschland. Wir liegen in vielen technologischen Bereichen zurück, und wir waren dabei, auch bei Bitcoin den Anschluss zu verlieren. Mit „Bitcoin im Bundestag“ wollte ich Wissen vermitteln und eine ernsthafte Debatte ermöglichen.

Götz Piwinger | Wie haben die Abgeordneten reagiert, wenn Sie Bitcoin nicht als Kryptospekulation, sondern als Frage finanzieller Freiheit und technologischer Innovation dargestellt haben?

Joana Cotar | Sehr unterschiedlich, aber zunächst überwiegend skeptisch. Viele verstanden nicht, weshalb das Thema politisch relevant sein sollte. Andere lehnten es von vornherein ab. Gerade bei grünen Kollegen habe ich häufig gesagt: Bitcoin ist auch ein Energiethema, eigentlich müsste euch das interessieren. Die Antwort lautete oft nur: Wir lehnen Bitcoin ab. In der CDU begegnete mir ebenfalls die Haltung, Bitcoin sei gefährlich und müsse eingegrenzt werden. Und auch in meiner eigenen damaligen Fraktion war



Überzeugungsarbeit notwendig. Bei einigen setzte mit der Zeit ein Lernprozess ein, aber das ging langsam.

Bitcoin-Community und Politik: Freiheit braucht politische Aufmerksamkeit

Götz Piwinger | Viele Menschen in der Bitcoin-Community betrachten die Politik mit großer Distanz. Manche sagen: Bitcoin funktioniert unabhängig vom Staat, also brauchen wir die Politik nicht. Sie sehen das differenzierter.

Joana Cotar | Als ich die Community kennengelernt habe, war sie tatsächlich ausgesprochen unpolitisch. Viele Bitcoiner gingen nicht wählen oder wollten mit Politik nichts zu tun haben. Für Menschen, die Bitcoin früh verstanden haben und technisch souverän damit umgehen können, mag das nachvollziehbar sein. Sie brauchen die Politik vielleicht weniger als andere. Aber die Politik kann ihnen das Leben sehr schwer machen.

Götz Piwinger | Bitcoin selbst lässt sich kaum zentral abschalten. Der Zugang, die Besteuerung oder die Nutzung im Alltag können politisch dennoch erschwert werden.

Joana Cotar | Das ist der Punkt. Wer sich vollständig zurückzieht, darf sich nicht wundern, wenn Regeln entstehen, die Bitcoin unnötig kompliziert machen. Die technisch versierten Bitcoin-Natives werden vermutlich auch dann Wege finden, wenn der Staat starke Beschränkungen erlässt. Mein Ziel ist aber, dass Bitcoin in der Breite verstanden und genutzt werden kann – auch von Menschen, die keine Spezialisten sind. Dafür brauchen wir möglichst einfache und nachvollziehbare Rahmenbedingungen.

Götz Piwinger | Was kann die Community konkret tun?

Joana Cotar | Abgeordneten schreiben,

Gesprächstermine vereinbaren, verständliche Aufklärung leisten und sich in die öffentliche Debatte einmischen. Inzwischen gibt es mit dem Bitcoin-Bundesverband auch eine organisierte Interessenvertretung, in der ich Mitglied bin. Dort werden beispielsweise Initiativen gegen eine Abschaffung der steuerlichen Haltefrist vorbereitet. Seit „Bitcoin im Bundestag“ ist einiges in Bewegung gekommen. Bitcoin kann und muss in diesem Sinne auch politisch sein.

Energie, Klima und Kriminalität: Die hartnäckigsten Vorurteile

Götz Piwinger | Welche Missverständnisse begegnen Ihnen in der Politik am häufigsten?

Joana Cotar | An erster Stelle steht die Behauptung, Bitcoin zerstöre das Klima. Natürlich ist Bitcoin energieintensiv. Der Energieeinsatz ist beim Proof-of-Work-Verfahren aber kein bedeutungsloser Nebeneffekt, sondern ein Bestandteil der Sicherheit des Netzwerks. Er macht Manipulationen teuer und schützt das System.

Götz Piwinger | Die entscheidende Frage lautet also nicht nur, wie viel Energie eingesetzt wird, sondern wofür und aus welchen Quellen.

Joana Cotar | Richtig. Andere Teile unseres Geld- und Finanzsystems benötigen ebenfalls erhebliche Ressourcen, ohne dass daraus automatisch die Forderung folgt, sie abzuschaffen. Beim Bitcoin-Mining kommt zudem ein wachsender Anteil erneuerbarer oder anderweitig nicht nutzbarer Energie zum Einsatz. Deshalb greift die pauschale Formel „Bitcoin verbraucht Energie, also ist Bitcoin schlecht“ viel zu kurz.

Götz Piwinger | Das zweite häufige Argument betrifft Kriminalität.

Joana Cotar | Ja. Bitcoin wird oft als anonymes Geld für Kriminelle dargestellt. Tatsächlich ist Bitcoin pseudonym. Transaktionen werden dauerhaft auf der Blockchain dokumentiert und können mit erheblichem forensischem Aufwand verfolgt werden. Für Kriminelle ist das keineswegs immer attraktiv. Kriminelle Handlungen gab es lange vor Bitcoin, und der weitaus größte Teil illegaler Geschäfte wird weiterhin mit staatlichen Währungen abgewickelt. Entscheidend ist, die Größenordnungen und technischen Eigenschaften sachlich zu betrachten.

Eine Bitcoin-Strategie für Deutschland

Götz Piwinger | Wenn man Bitcoin als technologische und gesellschaftliche Innovation begreift: Wo könnte Deutschland konkret profitieren?

Joana Cotar | Ein Ansatzpunkt ist das Energiesystem. In Deutschland gibt es Zeiten, in denen Wind- und Solaranlagen mehr Strom produzieren, als Netze und Nachfrage aufnehmen können. Dann entstehen Kosten, weil Anlagen abgeregelt oder Stromüberschüsse abgegeben werden müssen. Flexible Mining-Anlagen könnten dort als zuschaltbare Verbraucher dienen: Sie laufen, wenn überschüssige Energie vorhanden ist, und schalten sich ab, sobald der Strom anderweitig gebraucht wird.

Götz Piwinger | Bitcoin-Mining wäre in diesem Modell nicht lediglich zusätzlicher Stromverbrauch, sondern ein flexibles Element im Netz.

Joana Cotar | Genau. In Texas wird mit solchen Modellen bereits gearbeitet. Für Deutschland wäre zumindest zu prüfen, wo Mining helfen kann, ungenutzte Energie wirtschaftlich zu verwerten und Netze zu stabilisieren. Ich verstehe deshalb nicht, weshalb gerade Parteien mit einem starken

energiepolitischen Schwerpunkt Bitcoin fast nur als Problem betrachten.

Götz Piwinger | Der zweite Gesichtspunkt ist Standortpolitik.

Joana Cotar | Man kann nach Lugano oder auch nach El Salvador schauen. Wo ein bitcoinfreundliches Umfeld entsteht, kommen Entwickler, Start-ups, Investoren und neue Geschäftsmodelle. In Lugano kann man in zahlreichen Geschäften mit Bitcoin bezahlen. Solche Orte senden ein Signal: Innovation ist willkommen. Deutschland schaut dagegen häufig zuerst auf Risiken, Verbote und Regulierung. Damit vertreibt man genau die Menschen, die neue Unternehmen und Technologien aufbauen könnten.

Warum Bitcoin nicht einfach „Krypto“ ist

Götz Piwinger | In Politik und Öffentlichkeit werden Bitcoin und andere Krypto-Assets häufig in einen Topf geworfen. Weshalb halten Sie die Unterscheidung für so wichtig?

Joana Cotar | Weil hinter Bitcoin keine Firma und keine zentrale Instanz steht. Es gibt keinen Vorstand, keinen Eigentümer und keinen einzelnen Schalter, mit dem jemand das Netzwerk abschalten oder die Regeln nach Belieben verändern kann. Jeder kann einen eigenen Node betreiben und damit Teil des Netzwerks werden. Diese Dezentralität ist der entscheidende Unterschied.

Götz Piwinger | Hinzu kommt die feste Begrenzung auf 21 Millionen Bitcoin.

Joana Cotar | Ja. Die Geldmenge lässt sich nicht politisch oder unternehmerisch beliebig ausweiten. Das unterscheidet Bitcoin sowohl von staatlichen Fiatwährungen als auch von vielen Token-Projekten, hinter denen ein Unternehmen oder eine kleine Gruppe steht. Bei solchen Projekten können Regeln verän-

dert, zusätzliche Einheiten geschaffen oder Entscheidungen zulasten der Käufer getroffen werden.

Götz Piwinger | Sie warnen deshalb davor, allein auf Kursversprechen oder prominente Namen zu vertrauen.

Joana Cotar | Unbedingt. Die sogenannten Trump- und Melania-Coins haben erneut gezeigt, wie schnell Menschen wegen eines Namens oder einer kurzfristigen Euphorie kaufen und anschließend hohe Verluste erleiden können. Wer etwas kauft, sollte verstehen, was dahintersteht. Bitcoin und beliebige Krypto-Token sind nicht dasselbe.

Götz Piwinger | Wie sähe aus Ihrer Sicht ein bitcoinfreundlicher Ordnungsrahmen aus?

Joana Cotar | Mein Wunsch wäre zunächst: Bitcoin weitgehend in Ruhe lassen. Deutschland hat mit der steuerlichen Behandlung nach einer längeren privaten Haltedauer bislang einen wichtigen Vorteil. Bitcoin fördert langfristiges Denken und Sparen in einem knappen Gut. Diesen Vorteil sollte man nicht leichtfertig zerstören. Notwendig sind klare, einfache Regeln – keine Regulierung, die nur große Anbieter bewältigen können und kleinere Unternehmen vom Markt drängt.

Wenn der Staat Unternehmer sein will

Götz Piwinger | Lassen Sie uns den Blick weiten. Im Hayek Club Koblenz beschäftigt uns nicht nur die Geldordnung, sondern auch die wachsende Beteiligung des Staates an Unternehmen. Wo sehen Sie die größten Schäden für Wettbewerb und Innovation?

Joana Cotar | Man spricht zu selten über diejenigen, die ein Unternehmen gar nicht erst gründen, weil sie wissen, dass sie gegen staatlich gestützte Großunternehmen kaum ankommen. Wenn Subventionen und

Staatsbeteiligungen den Markt prägen, wird Wettbewerb verzerrt. Kleine Unternehmen versuchen, eine Idee auf den Markt zu bringen, während große Akteure über politische Zugänge, Fördermittel und ganze Regulierungsabteilungen verfügen.

Götz Piwinger | Regulierung trifft also nicht alle Marktteilnehmer gleich. Ein Konzern kann umfangreiche Vorgaben eher bewältigen als ein Gründer oder Mittelständler.

Joana Cotar | Genau. Deshalb fordern große Unternehmen mitunter sogar zusätzliche Regulierung. Sie können die Kosten tragen; kleinere Wettbewerber können es nicht. Auf diese Weise wird Regulierung zu einer Markteintrittsbarriere. Das Ergebnis ist nicht mehr Wettbewerb, sondern eine Verfestigung bestehender Machtstrukturen.

Götz Piwinger | In Krisen kommt dann das Argument hinzu, bestimmte Unternehmen seien „too big to fail“.

Joana Cotar | Das haben wir in der Finanzkrise erlebt. Wenn Marktteilnehmer davon ausgehen können, im Ernstfall mit Steuergeld gerettet zu werden, werden Haftung und Verantwortung voneinander getrennt. Verluste werden sozialisiert, während Gewinne privat bleiben. Das ist kein funktionierender Markt. Wenn Menschen anschließend vom „Raubtierkapitalismus“ sprechen, müsste man zuerst fragen, wie viel echter Kapitalismus in einem System mit Rettungsgarantien, Subventionen und politisch gesteuerten Privilegien überhaupt noch vorhanden ist.

Was die Politik von Bitcoin lernen kann

Götz Piwinger | Wenn man Ihre Kritik an Staatsbeteiligungen und Ihre Unterstützung für Bitcoin zusammendenkt, zeigt sich ein gemeinsames Motiv: dezentrale Ordnung statt zentraler Steuerung.

Joana Cotar | Am Bitcoin-Netzwerk kann man sehen, dass eine Ordnung ohne zentrale Leitung funktionieren kann. Das Netzwerk hat sich entwickelt, weil Menschen freiwillig teilnahmen, Verantwortung übernahmen, Software betrieben, handelten und Regeln gemeinsam durchsetzten. Es brauchte keinen staatlichen Aufbauplan.

Götz Piwinger | Hayek hätte vermutlich gerade dieser Entstehung einer Ordnung aus vielen einzelnen Entscheidungen einiges abgewinnen können.

Joana Cotar | Davon bin ich überzeugt. Auf der anderen Seite erleben wir, wie der Staat glaubt, der bessere Unternehmer zu sein. Er beteiligt sich, subventioniert und steuert. Als Beispiel wird häufig die Deutsche Bahn genannt: Sie ist vollständig im Eigentum des Bundes, und dennoch erleben viele Bürger täglich, dass staatliches Eigentum weder Verlässlichkeit noch Kundennähe garantiert.

Götz Piwinger | Roland Baader hat den Wunsch nach Freiheit einmal sehr schlicht ausgedrückt: Die Menschen möchten in Ruhe gelassen werden.

Joana Cotar | Das höre ich heute von vielen Unternehmern und Bürgern: Lasst uns arbeiten, gründen und Verantwortung übernehmen, ohne uns mit immer neuen Auflagen zu erdrücken. Wenn kleine Firmen einen wachsenden Teil ihrer Kraft für Bürokratie verwenden müssen, fehlt diese Kraft für Innovation, Kunden und Arbeitsplätze. Politik könnte von Bitcoin lernen, dass nicht jede funktionierende Ordnung von oben geplant werden muss.

Inflation, Geldschöpfung und Währungswettbewerb

Götz Piwinger | Viele Bürger spüren, dass im Geld- und Wirtschaftssystem etwas nicht

stimmt, können es aber schwer benennen. Wie erklären Sie den Zusammenhang zwischen Geldordnung, Stabilität und Freiheit?

Joana Cotar | Man kann beim Sparen beginnen. Wer vor zehn Jahren 10.000 Euro zurückgelegt hat, besitzt nominal noch immer 10.000 Euro. Er kann sich davon heute aber deutlich weniger kaufen. Inflation wirkt wie eine stille Belastung für Sparer und für Menschen, die von ihrer Arbeit etwas zurücklegen wollen.

Götz Piwinger | Die Zahl auf dem Konto bleibt gleich, aber die wirtschaftliche Verfügungsmacht sinkt.

Joana Cotar | Genau. Wenn Zentralbanken eine dauerhafte Inflationsrate anstreben, wird dieser Kaufkraftverlust als normal dargestellt. Bitcoin folgt einer anderen Logik: Die Menge ist auf 21 Millionen begrenzt. Kein Staat und keine Zentralbank kann nach politischen Bedürfnissen zusätzliche Bitcoin schaffen.

Götz Piwinger | Damit würde auch die Finanzierung staatlicher Ausgaben stärker an sichtbare Entscheidungen und reale Einnahmen gebunden.

Joana Cotar | Ja. Ein Staat könnte nicht einfach zusätzliche Geldmengen schaffen und die Folgen über Inflation verteilen. Große Ausgaben, Schuldenprogramme oder Kriege müssten unmittelbar finanziert und gegenüber den Bürgern begründet werden. Eine harte Geldordnung setzt der Politik Grenzen.

Götz Piwinger | Sie plädieren aber nicht dafür, Bitcoin per Gesetz zur alleinigen Währung zu erklären.

Joana Cotar | Nein. Meine Vorstellung ist eine hayekianische: Lassen wir Währungswettbewerb zu. Menschen sollten selbst entscheiden können, in welcher Währung sie



Verträge schließen, bezahlt werden, sparen oder Zahlungen leisten wollen – in Euro, Dollar, Schweizer Franken, Gold oder Bitcoin. Dann entscheidet nicht eine Behörde, welches Geld das richtige ist, sondern der Wettbewerb. Ich bin überzeugt, dass sich auf einem freien Markt das verlässlichste Geld durchsetzen würde.

Götz Piwinger | Das ist ein passender Schlusspunkt: Bitcoin nicht als staatlich verordnetes Gegenmodell, sondern als frei wählbare Alternative – und als praktische Herausforderung an eine Geldordnung, die bislang kaum Wettbewerb kennt. Frau Cotar, herzlichen Dank für dieses offene Gespräch.

HAYEK

regional



Foto: Hayek Club Saarbrücken



Foto: Hayek Club Saarbrücken



Foto: Johannes Koberstein

In dieser Rubrik geht es um Berichte über die Aktivitäten der regionalen Organisationen der HAYEK-Gesellschaft. In diesen Foren werden Hayeks Ideen in die Fläche getragen. Damit leisten die Hayek-Foren einen wichtigen Beitrag für die Zukunft unserer Gesellschaft. Einer Gesellschaft, in der Freiheit und Eigenverantwortung wieder einen hohen Wert haben und der Einzelne sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung bereit ist zu stellen. – Zunächst sei hier über die Akademie der Freiheit berichtet: eine klassisch-liberale Schulung für junge Menschen.

Akademie der Freiheit

von Johannes Koberstein

Die Akademie der Freiheit 2026 fand vom 10. bis 15. August in der geschichtsträchtigen Lutherstadt Wittenberg statt. So lag es nahe, die Bedeutung der Reformation für die Entwicklung des modernen politischen Denkens näher zu beleuchten. Meine Einführung in die ideengeschichtlichen, politischen und soziologischen Wirkungen der Reformation auf den modernen Liberalismus setzte den Rahmen für die weitere Akademie.

20 Teilnehmer waren in diesem Jahr dabei – Schüler, Studenten und junge Berufstätige aus unterschiedlichen Bereichen und Regionen, vereint durch ihr Interesse an politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragestellungen. Sascha Tamm gab erneut eine kompakte Einführung in die Grundpositionen des Klassischen Liberalismus und das Werk Friedrich August von Hayeks.

Stefan Kooths und Hendrik Hagedorn führten in die Volkswirtschaftslehre und die Österreichische Schule der Nationalökonomie ein.

Rainer Zitelmann vermittelte Argumente für die freie Marktwirtschaft, während Richard Schütze Begründungen für die soziale Marktwirtschaft lieferte und in die Rechtsphilosophie einführte. Götz Piwinger setzte sich mit den Chancen und Risiken Künstlicher Intelligenz für eine freie Gesellschaft auseinander. Philipp Lengsfeld gab eine wis-

senschaftstheoretisch-kritische Perspektive auf die Klimawissenschaft.

Tobias Zander und Luca Hiller brachten den Teilnehmern die Geschichte des Geldes und alternative Geldformen näher, Nickolas Emrich gab einen praktischen Impuls zum Unternehmertum und stellte sein neuestes Buch vor.

Abgerundet wurde die Akademie durch Gerd Habermanns praktischen Impuls zur Persönlichkeitsphilosophie und Julian Arndts Diskussionstraining.

Die schöne Altstadt von Wittenberg konnten die Teilnehmer in ihren Mittgspausen und auf der Stadtführung erleben. Abendliche gemütliche Runden förderten das Kennenlernen. Wir freuen uns sehr, wenn dieser Startpunkt der Akademie für viele Teilnehmer der Anlass sein wird, auch an zukünftigen und vertiefenden Bildungsveranstaltungen teilzunehmen.



Düsseldorf: startet neu durch

von Stefanie Philipp

Düsseldorf startet neu durch – mit der „Sozialen Wärme des Kapitalismus“ Beim Hayek-Club Düsseldorf wurde im August der Staffelnstab übergeben. Nach Jahren des Engagements für die Freiheit hat der Unternehmer Thorsten Harke die Leitung des Clubs an die Vermögensberaterin Stefanie Philipp übergeben. Gastredner war Prof. Gerd Habermann, der über seine Publikation „Die soziale Wärme des Kapitalismus“ sprach.

Es gehört zu den Widersprüchlichkeiten unserer Zeit, dass der Sozialismus die Attribute „sozial“ und „warm“ für sich beansprucht – ausgerechnet eine Ideologie, die Millionen Menschen in Armut, Terror und Tod gestürzt hat. Wie Prof. Habermann darlegt, kann soziale Wärme nur in selbstbestimmter und selbstgewählter Gemeinschaft entstehen, dort, wo Menschen Verantwortung übernehmen und freiwillig füreinander eintreten. Die karitativen Werke reicher Kaufleute und Industrieller (z. B. Fuggerei, Margarethenhöhe, v. Bodelschwinghsche Stiftungen Bethel), aber auch private Genossenschaften des 19. Jahrhunderts sind dafür ein beredtes Zeugnis. Von staatlicher Seite zwangsverordnete Solidarität in Form von Sozialabgaben erzeugt dagegen Anspruchshaltung und Gleichgültigkeit gegenüber dem Nächsten – und höhlt so das Gemeinwesen aus.

Mit einer lebhaften Diskussion in bester Hayek'scher Tradition und einem schmackhaften Essen klang der Abend aus.

Die Hayek-Gesellschaft bedankt sich bei Herrn Harke für seinen Einsatz in den letzten Jahren. Obwohl er inzwischen in der Schweiz lebt, ein internationales Unternehmen führt, im Vorstand der Hayek-Gesellschaft sitzt und

eine Familie mit kleinen Kindern hat, hat Herr Harke immer wieder Zeit für den Hayek-Club gefunden und die Flamme der Freiheit in Düsseldorf am Brennen gehalten. Ein besonderer Dank an dieser Stelle auch an Frau Harke, die das ehrenamtliche Engagement ihres Mannes die ganze Zeit über mitgetragen hat.



Hannover: Im Gespräch mit Links und Rechts

von Steve Palaser

Club-Leiter Daniel Pietrzak hatte sich hinsichtlich der Gastredner in diesem Jahr ein interessantes Konzept zurechtgelegt. Er wollte das ganze politische Spektrum von links nach rechts abdecken und in den entstehenden Debatten herausfinden, welche Schnittmengen mit freiheitlich-hayekianischen Konzepten es gibt oder ob die Gräben tatsächlich unüberwindbar groß sind.

Den Auftakt zu dieser Reihe machte am 24. April Konstantin Schink, der auf YouTube als „Agitator der sozialen Marktwirtschaft“ eine eigenständige Perspektive in ökonomischen und politischen Fragen vertritt, die sich nicht eindeutig in klassische politische Lager einordnen lässt – für die einen gilt er als eher rechts, für die anderen als eher links. Konstantin und Daniel führten eine spannende Debatte zum Thema „Liberalismus – die bestimmende Ideologie unserer Zeit?“, die in der folgenden Fragerunde mit dem Publikum noch vertieft wurde.

Als Gegenpol zu Schink folgte am 21. Mai der Publizist Benedikt Kaiser, der eindeutig dem rechten Lager zuzuordnen ist. Er stellte mit

seinem Vortrag „Bagger statt Kettensäge – Warum Aufbau besser ist als Abriss“. seinen Ansatz eines solidarischen Patriotismus vor.

Im Mittelpunkt stand die Frage, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt, soziale Verantwortung und nationale Identität gegen die zerstörerischen Folgen eines entgrenzten Liberalismus verteidigt werden können. Kaiser kritisierte dabei insbesondere die Ideologie eines radikalen Individualismus und eines ausschließlich marktorientierten Denkens, das seiner Ansicht nach gewachsene Gemeinschaften, soziale Sicherheit und kulturelle Bindungen untergrabe. Statt bloßem Rückbau und gesellschaftlicher Zersetzung plädierte er für einen politischen und kulturellen Aufbauwillen: für Solidarität, Gemeinsinn und eine Politik, die das eigene Land und seine Menschen in den Mittelpunkt stellt.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum kristallisierte sich heraus, welche Punkte seines „solidarischen Patriotismus“ mit Hayek-Prinzipien nicht vereinbar sind und welche verbindenden Elemente es dennoch gab.

Am 11. Juni referierte der Unternehmer und Publizist Ralf M. Ruthardt über die Macht der Narrative und wie diese den offenen Diskurs derzeit stark beschneiden. Sein kurzweiliger Vortrag stieß auf positive Resonanz beim Publikum und die anschließende Fragerunde wurde nur durch die Tatsache, dass Herr Ruthardt seinen Zug kriegen musste, frühzeitig beendet.

Das gleiche Problem hatte am 20. Juli Publizist Nickolas Emrich, der sein neues Buch „Der Preis unserer Toleranz – Warum innere Sicherheit die neue soziale Gerechtigkeit ist“ vorstellte. Nach einem pointierten Vortrag entwickelte sich eine spannende Fragerunde, die ebenfalls frühzeitig beendet werden

musste, damit Herr Emrich seinen Zug bekommt. Wenn das Publikum so involviert ist, dass es sich gern längere Diskussionen gewünscht hätte, ist das ein gutes Zeichen dafür, dass die Vortragenden den Nerv der Zeit getroffen und Dinge thematisiert haben, die die Menschen bewegen.



Hayek-Club Saarland gegründet

von Dr. Christoph Hartmann

Im Saarland gibt es ein neues Forum für wirtschafts- und gesellschaftspolitische Debatten. Zwölf Gründungsmitglieder haben in Saarbrücken den Hayek-Club Saarland gegründet. Zum ersten Vorsitzenden wurde der ehemalige saarländische Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Dr. Christoph Hartmann gewählt.

Zum ersten öffentlichen Vortrag des Clubs mit Prof. Dr. Gerd Habermann kamen über 50 Gäste. Der Hayek-Club Saarland ist ein Regionalclub der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft. Er versteht sich als Forum für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung: Wie entsteht Wohlstand? Welche Regeln braucht ein funktionierender Markt? Wo endet die Zuständigkeit des Staates? Namensgeber ist der Ökonom Friedrich August von Hayek (1899–1992), der 1974 den Wirtschaftsnobelpreis erhielt. Der Verein ist nach seiner Satzung parteipolitisch unabhängig. Geplant sind öffentliche Vorträge, Diskussionsveranstaltungen und regelmäßige Gesprächszirkel.

„Der Hayek-Club Saarland wurde als parteiunabhängige Vereinigung gegründet,

mit dem Ziel, die Themen Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Freiheit wieder stärker auf die Agenda der gesellschaftlichen Debatten zu setzen“, sagte der neue Vorsitzende Dr. Christoph Hartmann. „Im Moment herrscht in fast allen Parteien und Debatten das Thema Verteilung vor. Aber bevor verteilt wird, muss erst einmal erwirtschaftet werden: Ohne gesunde Wirtschaft kein Wohlstand!“

Habermann: „Der Wohlfahrtsstaat – ein zerstörerischer Irrweg“



Den ersten öffentlichen Vortrag des Clubs hielt Prof. Dr. Gerd Habermann, Ehrenvorsitzender der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft und Honorarprofessor an der Universität Potsdam. Habermann gilt als einer der bekanntesten deutschsprachigen Kritiker des Wohlfahrtsstaats; sein 1994 erschienenes Buch „Der Wohlfahrtsstaat. Die Geschichte eines Irrwegs“ liegt in überarbeiteter Neuauflage vor.

Habermann führt die Entstehung des modernen Wohlfahrtsstaats auf Bismarcks Arbeiterversicherung zurück und beschreibt ihn als eine Institution mit ausgeprägter Eigendynamik: Sie neige gerade dann zur Ausdehnung, wenn wachsender Wohlstand sie entbehrlich mache. Aus der früheren Armenfürsorge – einem an strenge Voraussetzungen geknüpften Notprogramm – sei ein System universeller Rechtsansprüche geworden.

Verdrängt worden seien dabei die gewachsenen Formen der Selbsthilfe:

Genossenschaften, Hilfsvereine, mildtätige Stiftungen, private Versicherungen und die Familie als Vorsorgegemeinschaft. Als Gegenmodell benennt Habermann den liberalen Rechtsstaat mit Privatautonomie, Selbsthilfe und Eigenverantwortung, in dem staatliche Unterstützung denen zukommt, die zur Selbsthilfe nicht in der Lage sind.

„Wohlfahrtsstaat ist die Kunst, die Bürger mit ihrem eigenen Geld vom Staat abhängig zu machen“, sagte Habermann in Saarbrücken.

Kampf gegen Rechts gescheitert?

Am 14 Juli war Frau Professor Susanne Schröter Gast im Hayek-Forum Heidelberg und referierte über das Thema „Warum der Kampf gegen Rechts gescheitert ist.“ Dabei spannte sie zunächst den Bogen von den ersten Einschränkungen eines Meinungs-Diskurses bis hin zum Entstehen der Brandmauer, die heute dafür sorgt, dass zentrale nationale Fragen nicht mehr offen diskutiert und gelöst werden.

Frau Schröter stellt dar, dass diese ungelösten Themen eine gewaltige Sprengkraft entfalten und Bürger, die die Themen aufgreifen, von den etablierten Parteien plötzlich hinter eine Brandmauer verortet werden. In diesem Sinne wirbt Frau Schröter für einen offenen Diskurs aller Themen und für einen offenen Umgang mit Regierungs- und Gesellschaftskritik. In einer Demokratie werde um die beste Lösung gestritten, damit diese schließlich durch den Mehrheitswillen des Souveräns durchgesetzt wird. In ihrem neuen Buch „Links, Rechts, Islamistisch“ wird dieses Thema sehr gut abgebildet. Die abschließende Diskussionsrunde, in der zahlreiche Meinungen und Ideen offen diskutiert wurden, zeigte dann, wie ein demokratischer Diskurs auch heute noch funktioniert.

Klassisch liberal: Ein Rettungsboot für Deutschland.



HAYEK UND MEHR ...

Gegen die Anmaßung des Wissens

von Prof. Dr. Michael Esfeld und Christian Langer



In der Rubrik „HAYEK und mehr“ beschäftigen wir uns damit, Friedrich August von Hayek zu verstehen. Denn, Hayeks Analysen, Argumente und Thesen weisen weit über die Ökonomie hinaus.

Prof. Dr. Michael Esfeld, Wissenschaftsphilosoph und Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft, warnt vor einer politischen Instrumentalisierung wissenschaftlicher Autorität und einer schleichenden Entmündigung des Bürgers. Christian Langer, der Obmann der regionalen Hayek-Organisationen, spricht mit Esfeld über dessen Buch „Selbstbestimmt jetzt!“. Esfeld erläutert, warum er Naturrecht und individuelle Abwehrrechte gegen Expertokratie, Wohlfahrtsstaat und politische Zentralisierung stellt und weshalb Hayeks Kritik an der „Anmaßung von Wissen“ für ihn aktueller ist denn je.

Christian Langer | Sie unterscheiden scharf zwischen freier Wissenschaft als diszipliniertem Suchprozess und Szientismus als Herrschaftsinstrument. Aber moderne Gesellschaften müssen in manchen Bereichen doch auf Expertenwissen zurückgreifen. Wo verläuft für Sie die Grenze zwischen legitimer wissenschaftlicher Beratung und illegitimer Expertokratie?

Michael Esfeld | Wenn jemand sich in seinen Rechten verletzt sieht, dann obliegt ihm die Beweislast. Ein Beispiel: Jemand ist Passivrauchen ausgesetzt. Um die Gesundheitsschädigung durch Passivrauchen zu beweisen, ist Wissenschaft erforderlich. Expertokratie setzt dann ein, wenn, wie das Wort sagt, Experten herrschen wollen, also anderen Vorschriften für deren Lebensweise machen wollen. Um auf das Beispiel zurückzukommen:

Sich unter Bezugnahme auf Wissenschaft dagegen zur Wehr zu setzen, Passivrauchen ausgesetzt zu sein, ist legitim. Wenn Experten hingegen generell verbieten wollen, dass Menschen rauchen, ist das illegitim. Es gibt keine wissenschaftlich begründete Lebensweise. Wissenschaft kann aber zum Einsatz kommen in der Beweisführung gegen Grundrechtsverletzungen, wie Verletzungen des Grundrechts auf körperliche Unversehrtheit.

Christian Langer | Sie begründen Freiheit naturrechtlich als Abwehrrecht, insbesondere als Eigentumsrecht am eigenen Körper und an rechtmäßig erworbenen Gütern. Was antworten Sie Demokraten, die sagen: In einer modernen Gesellschaft muss das positive Recht durch Mehrheiten gesetzt werden, nicht durch philosophische Naturrechtsargumente?

Michael Esfeld | Zunächst einmal ist sehr zweifelhaft, ob Leute, die so etwas sagen, Demokraten sind. Zumindest müssen diese Leute dann auch einräumen, dass Unrechtsregime wie das nationalsozialistische Regime demokratisch legitimiert waren. Denn formal ging alles mit rechten Dingen zu: Der demokratisch gewählte Reichstag hat mit Mehrheit das Ermächtigungsgesetz beschlossen usw. Wir brauchen das Naturrecht als Maßstab, um zu beurteilen, ob das positiv gesetzte Recht wirklich Recht ist und nicht vielmehr Unrecht. So war zum Beispiel das Gesetz, das in der Corona-Zeit die Impfaufgaben im Gesundheitswesen anordnete, eklatantes Unrecht, weil das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und sogar der Nürnberger Kodex verletzt wurden.

Christian Langer | Sie beschreiben den Wohlfahrtsstaat nicht bloß als ineffizient, sondern als Struktur der Entmündigung, die Menschen

an staatliche Schutzversprechen bindet. Ist der Wohlfahrtsstaat aus Ihrer Sicht reformierbar, oder führt seine innere Logik notwendig zu immer mehr Regulierung, Abhängigkeit und politischem Klientelismus?

Michael Esfeld | Ja, ich fürchte, seine innere Logik führt zu diesen Konsequenzen: Wenn es den Menschen nicht selbst überlassen wird, über ihre Absicherung gegen Lebensrisiken zu entscheiden, entmündigt man die Menschen. Es ist ein Mythos, dass staatliche Wohlfahrt zur sozialen Sicherung erforderlich wäre. Im 19. Jahrhundert haben Arbeitnehmer die Absicherung gegen soziale Risiken selbst genossenschaftlich organisiert, bevor sie vom Staat verdrängt wurden, und sie haben sich auch gegen die staatliche Bevormundung gewehrt. Mündige Bürger, die frei in

einer Demokratie entscheiden, und Abhängigkeit von staatlichen Leistungen passt nicht zusammen.

Christian Langer | Im Buch kritisieren Sie scharf die Allianz von starkem Staat, Großunternehmen und staatsnahen Intellektuellen. Viele

Linke nennen das Kapitalismus, viele Liberale nennen es Interventionismus. Sie sprechen eher von Staatskapitalismus. Wo liegt aus Ihrer Sicht der entscheidende Unterschied zwischen echter Marktwirtschaft und dem heutigen Konglomerat aus Politik, Konzernen und Regulierung?

Michael Esfeld | Ein Markt ist dadurch definiert, dass jemand – ein Unternehmer – Angebote macht, welche die Adressaten annehmen oder ablehnen können. Durch

die Reaktion der Adressaten bildet sich ein Signal – der Preis –, das den Unternehmern anzeigt, welche Produkte wirklich von Kunden nachgefragt werden und welche nicht. Politik operiert hingegen immer und nur mit Zwang: Es handelt sich um Angebote, die man nicht ablehnen kann, und seien es so triviale Dinge wie Gebühren für den sogenannten öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wenn Sie die Gebühr nicht zahlen, landen Sie schließlich im Gefängnis. Für Unternehmen ist es daher attraktiv, Einfluss auf die Politik zu nehmen: Mittels der Politiker können sie ihre Produkte den Kunden aufnötigen, statt das Risiko einzugehen, dass die Menschen die Produkte gar nicht haben wollen. Die Perfektion dieses Geschäftsmodells sehen wir bei den so genannten Covid-Impfstoffen ebenso wie bei den so genannten erneuerbaren Energien: Produkte, die den Menschen regelrecht aufgezwungen werden, wobei die Hersteller nicht einmal für auftretende Schäden haften müssen. Das ist die Perversion des Kapitalismus: Die Gewinne sind privat; die Risiken werden auf die Allgemeinheit abgewälzt.

Christian Langer | Ihre Kritiker werden einwenden: Pandemien, Klimawandel, Migration, Krieg und digitale Desinformation seien kollektive Risiken, die nicht allein durch individuelle Selbstbestimmung und freiwillige Kooperation zu bewältigen seien. Ist Ihre Antwort darauf tatsächlich: mehr Dezentralität, mehr spontane Ordnung, mehr Vertrauen in freiwillige Lösungen? Oder gibt es Grenzfälle, in denen staatlicher Zwang legitim bleibt?

Michael Esfeld | Das ist tatsächlich meine Antwort, mit Hayek und Popper. Es gibt keine einzige belastbare Tatsache und kein einziges stichhaltiges Argument, die belegen würden, dass die genannten Risiken nicht durch die spontane Ordnung, die aus freiwilliger Kooperation entsteht, bewältigt werden können. Niemand hat ein privilegiertes Wissen, wie man mit diesen Risiken am besten



umgeht, und die Situation ist nicht überall, an allen Orten und für alle Menschen, die gleiche.

In freiwilliger Kooperation werden verschiedene Strategien ausprobiert, mit der Realität konfrontiert und schnell angepasst. Das Corona-Regime und das Klima-Regime bieten wiederum das beste Anschauungsmaterial: Die zentrale Regulierung durch Zwangsmaßnahmen richtet nur gewaltige Schäden an; sie hat keinerlei Nutzen.

Christian Langer | Herr Professor Esfeld, Friedrich August von Hayek warnte vor der „Anmaßung von Wissen“, also vor dem Irrtum, komplexe gesellschaftliche Prozesse zentral planen und steuern zu können. Sie übertragen diese Kritik in Ihrem Buch auf heutige Politikfelder wie Gesundheit, Klima, Energie und Sprache. Ist der moderne Szientismus aus Ihrer Sicht die zeitgenössische Gestalt jener Anmaßung, die Hayek einst an der sozialistischen Wirtschaftsplanung kritisierte?

Michael Esfeld | Ja, so ist es.

Christian Langer | Ihr Buch stellt Selbstbestimmung als positives Gegen-Narrativ zu staatlicher Bevormundung, Expertokratie und kollektivistischen Krisenerzählungen dar. Kritiker werden einwenden: Pandemien, Klimawandel, Migration, Krieg oder digitale Desinformation seien kollektive Risiken, die sich nicht allein durch individuelle Freiheit und freiwillige Kooperation bewältigen lassen. Wo ziehen Sie die Grenze zwischen legitimer Gefahrenabwehr und illegitimer Entmündigung?

Michael Esfeld | Ein Rechtsstaat sichert die grundlegenden Abwehrrechte aller Menschen gegen unerwünschte Übergriffe auf Leib, Leben und Eigentum auf seinem Gebiet. Das ist die legitime Gefahrenabwehr. Alles andere ist Entmündigung.

Christian Langer | Während der Corona-Jahre wurden in Deutschland Freiheitsrechte in einem Ausmaß eingeschränkt, das viele Bürger zuvor für kaum vorstellbar gehalten hätten. Besonders die einrichtungsbezogene Impfpflicht berührte mit körperlicher Unversehrtheit, Berufsfreiheit und sozialem Druck zentrale Fragen der Selbstbestimmung. War diese Phase aus Ihrer Sicht ein Ausnahmezustand oder hat sie vielmehr sichtbar gemacht, wie schnell sich ein moderner Rechtsstaat unter Berufung auf Wissenschaft, Gesundheitsschutz und Solidarität in Richtung eines entmündigenden Präventionsstaates verschieben kann?

Michael Esfeld | Sie hat leider Letzteres gezeigt: Was die Coronavirenwellen betrifft, war auch im Frühjahr 2020 bereits klar, dass die Virenwelle nicht heftiger war als eine heftige Grippewelle; das ist nicht zuletzt durch die RKI-Protokolle belegt. Wenn eine solche Virenwelle den Rechtsstaat hinwegfegen kann, dann kann Beliebiges dies tun. Dann haben wir keinen gefestigten Rechtsstaat.

Nun mag man Politiker zutrauen, dass sie zu Machtmissbrauch neigen und Konzernen zutrauen, dass sie Profite erwirtschaften wollen und dabei gegebenenfalls auch über Leichen gehen. Aber für mich am meisten erschreckend war, dass die Institutionen, die eigentlich eine Kontrolle gegen solche Machenschaften ausüben sollen, wie die Medien, die Wissenschaft und die Gerichte, nahezu vollständig versagt haben. Daran hat sich nichts geändert. So etwas kann jederzeit wieder geschehen. Es wird nur gestoppt werden, wenn genügend Menschen aus der Zivilgesellschaft sich dagegen zur Wehr setzen. Deshalb habe ich das Buch „Selbstbestimmt jetzt!“ geschrieben.

Christian Langer | Javier Milei versucht in Argentinien, mit radikalen Ausgabenkürzungen, Deregulierung und einer offenen

Bezugnahme auf die Österreichische Schule einen überdehnten Staat zurückzudrängen. Aus wirtschaftlicher Sicht wird bereits diskutiert, ob dieses Modell eine Blaupause für andere Länder, auch Deutschland, sein könnte. Aber ist Milei aus wissenschaftsphilosophischer Sicht nicht noch interessanter: als praktischer Testfall dafür, ob man einer etablierten Expertokratie und einem wohlfahrtsstaatlichen Machtapparat überhaupt mit einem klaren Prinzipienprogramm entgegentreten kann?

Michael Esfeld | Da wäre ich vorsichtig: Das kommt auf die jeweiligen Umstände an. Milei zum Beispiel versucht sicher sein Bestes, aber er hat keine eigene Parlamentsmehrheit. Ich bin mir nur in dieser Hinsicht sicher: Wenn genügend Menschen in der Zivilgesellschaft ihre Selbstbestimmung in die Hand nehmen, wird man sie nicht entmündigen können. Es gibt bei uns jedenfalls keinen Polizei- und Militärapparat, der dieses unter Einsatz offener Gewalt verhindern könnte.

Christian Langer | Sie engagieren sich inzwischen auch im Vorstand der Hayek-Gesellschaft. Welche besondere Aufgabe sehen Sie für die Hayek-Gesellschaft in einer Zeit, in der viele der von Hayek beschriebenen Gefahren, etwa Wissensanmaßung, Zentralisierung und politischer Konstruktivismus, wieder sehr aktuell erscheinen?

Michael Esfeld | Genau so ist es: Hayek ist hochaktuell. Das kann die Hayek-Gesellschaft der Bevölkerung vermitteln.

Christian Langer | „Der Titel Ihres Buches fordert ‚Selbstbestimmung jetzt!‘. Wenn Sie die Brücke von der Theorie zur Praxis schlagen: Was ist aus Ihrer Sicht der wichtigste erste Schritt, den der mündige Bürger heute tun muss, um die Hoheit über die eigene Zukunftsgestaltung gegenüber

einem immer übergriffigeren Staatsapparat zurückzugewinnen?“

Michael Esfeld | Standfest sein, sich nicht einschüchtern lassen, den Mut haben, Rechenschaft von den Verantwortlichen zu fordern und die Wahrheit ruhig und sachlich, aber konsequent und kompromisslos aussprechen. Gegen die ganze Propaganda daran festhalten, dass das allgemeine Gut darin besteht, jedem die Selbstbestimmung über das eigene Leben zu belassen und die Gesellschaft auf freiwilliger Kooperation aufzubauen. Wenn das fest im Bewusstsein der Menschen verankert ist, dann haben wir alles erreicht, was wir erreichen können.



Geostrategisch. Liberalismus.

HAYEK DAS BUCH



Unternehmen als Generationenprojekt

Eine Rezension von Christian Langer
zum Buch von Prof. Dr. Heiko Kleve

Heiko Kleve, Mitglied der Hayek-Gesellschaft und Leiter des Instituts für Familienunternehmen an der Universität Witten/Herdecke, widmet sich in „Die Kraft der Generationen“ der besonderen Stärke familiengeführter Unternehmen. Im Mittelpunkt stehen weniger Kennzahlen als Werte, Verantwortung und Transgenerationalität und damit die Frage, warum Familienunternehmen oft langfristiger denken, Krisen anders bewältigen und wirtschaftliche Stabilität über Generationen hinweg sichern. Christan Langer hat sein Buch gelesen.

Unternehmer spielen in der Theorie der Österreichischen Schule bekanntermaßen eine zentrale Rolle – Untersuchungen dazu lieferten insbesondere Israel M. Kirzner, Huerta de Soto und aktuell Weiying Zhang. In diese ordnungspolitische und unternehmerische Tradition reiht sich Kleves Werk ein, fokussiert dabei jedoch die soziologische Dimension.

90 % aller Unternehmen in Deutschland sind Familienunternehmen, und 70 % der Erwerbstätigen werden von ihnen beschäftigt. Grund genug, dass Heiko Kleve, Leiter des Instituts für Familienunternehmen an der privaten Universität Witten/Herdecke, mit seinem neuen Buch mit dem Titel „Die Kraft der Generationen“ eine besondere Absicht verfolgt: Er möchte mit diesem Buch zum einen Aufklärung über die Unternehmensform der Familienunternehmen betreiben und zum anderen die Geheimnisse des Erfolgs dieser Unternehmen reflektieren. Sein sozialwissenschaftlicher Fokus, den Kleve in seinem Buch schildern will, ist „... auf Unternehmerfamilien gerichtet, also auf die sozialen Systeme, die Familienunternehmen mit der nötigen sozio-emotionalen Energie versorgen“.

Ein wichtiger – aus Sicht des Autors zugegebenermaßen etwas sperrig wirkender – Begriff, der den Leser über die mehr als 200 Seiten begleitet, ist die Transgenerationalität. Damit ist das Weitertragen eines erfolgreichen Familienunternehmens in die nächste Generation gemeint – dazu unten mehr.

Wer in diesem Buch eine betriebswirt-

schaftliche oder gar nationalökonomische Publikation mit wirtschaftlichen Kennzahlen, Statistiken oder Unternehmensstrategien von mittelständischen Familienunternehmern erwartet, sollte wissen, dass Kleve Sozialwissenschaftler, Soziologe und Sozialpädagoge ist. Daher stehen bei ihm völlig andere Inhalte im Vordergrund: Was sind die typischen Eigenschaften solcher familiengeführten Unternehmen, welche Werte und welche Regeln spielen eine zentrale Rolle dabei?

Wie meistern solche Firmen interne (innerhalb der Familie) und externe Krisen, welche Rolle spielt dabei das Vermögen, das sie erwirtschaften, welche Erzählungen werden von Generation zu Generation weitergegeben, welche besondere Bedeutung haben Arbeitnehmer in solchen Generationen? Wie geht diese Organisationsform mit Liebe, Macht und Geld um? Diesen Fragen geht Kleve in insgesamt 18 Kapiteln nach. Dabei werden am Ende jedes Kapitels anhand von „Sieben Lektionen“ wichtige Begriffe wiederholt, was dem Leser hilft, die beschriebenen Inhalte zusammenfassend Revue passieren zu lassen.

Als Rezensent, der selbst über 25 Jahre in inhabergeführten Unternehmen gearbeitet hat und noch tätig ist, kann ich Kleve in praktisch allen seinen Erläuterungen zustimmen: Solche Firmen sind charakterisiert durch Langfristigkeit und Verantwortungsbewusstsein. Damit ist insbesondere gemeint, dass nicht der kurzfristige Gewinn, sondern die langfristige Sicherung des Unternehmens

über mehrere Generationen hinweg im Mittelpunkt steht. Dabei stehen Werte, wie sie auch in traditionsbeeinflussten Familien gelebt werden, im Vordergrund: Verlässlichkeit, Respekt gegenüber Arbeitnehmern, Kunden und Lieferanten sowie Offenheit.

Kleve stellt in diesem Zusammenhang ein interessantes Merkmal vor, das Familienunternehmen leisten und was kaum ein anderes System vermag: Sie „entschleunigen“ die Wirtschaft. Damit ist gemeint, dass sie – mit Verantwortungsperspektive ausgestattet – unüberlegte Investitionen oder vorschnelle Entlassungen von Arbeitnehmern verhindern und nachhaltige Strategien fördern.

Da Familienunternehmer auch immer wissen, dass sie scheitern könnten, sind sie risikosensibel und diszipliniert in ihren Entscheidungen (S. 73). Der Fortbestand des Unternehmens hat oberste Priorität. Krisen wie Wirtschaftskrisen, familiäre Zerwürfnisse und technologische Umbrüche (heute ist dies insbesondere „Künstliche Intelligenz“) hat jedes Unternehmen erlebt. Das Durchhalten solcher Krisen eint die Familie, schafft Narrative für kommende Generationen und macht solche Unternehmen resilienter.

Regionale Verwurzelung und in der Regel langfristige Arbeitsverhältnisse (teils auch hier generationsübergreifend) sind ebenfalls wichtige Eigenschaften, die aber von Fachkreisen kaum wahrgenommen werden (S. 201).

Die folgende Einstellung von Unternehmensführern war während des Lesens besonders beeindruckend; für die Familieninhaber gilt: Die Firma wird nicht von den Eltern geerbt, sondern von den Kindern geliebt (S. 92). Eng verbunden mit dem Begriff der Transgenerationalität gehen die sogenannte „Treuhandmentalität“ und „Enkelfähigkeit“ einher: Die neue Generation ist nicht

der alleinige Nutznießer, sondern Teil einer Generationenkette – man hält seinen Anteil nicht, um damit zu handeln, sondern um ihn zu bewahren (S. 93) und weiterzugeben.

Zum Schluss des Buches kommen Familienunternehmer selbst zu Wort (Stimmen aus erfolgreichen Unternehmerfamilien). Dabei wird innerhalb des Textes immer eine Brücke geschlagen zum Titel des Buchs: Die Kraft der Generationen.

Das Buch ist gut lesbar – auch für Nichtsoziologen. Allgegenwärtige Herausforderungen, mit denen Familienunternehmer heute konfrontiert werden, wie überbordende Bürokratie, Fachkräftemangel, hohe Energiekosten und Abgabenlasten, werden nur am Rande erwähnt (S. 37). Auf das Problem der Nachfolge, wenn die eigenen Kinder das Firmenerbe nicht übernehmen möchten, wird nicht eingegangen. Durch die Lektüre wird das Verständnis hingegen klarer, wie sich Familienunternehmen von anderen Unternehmen unterscheiden und welche wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung sie für unser Land haben (German Mittelstand, S. 32).

Heiko Kleve ist Mitglied der Hayek-Gesellschaft und hielt bereits beim Hayek-Club in Berlin im März diesen Jahres einen Vortrag zu seinem Buch und wird dies auch im kommenden Jahr (u. a. beim Hayek-Club Trier-Luxembourg) fortführen.

Hinweis: Prof. Dr. Heiko Kleve, „Die Kraft der Generationen – von erfolgreichen Unternehmen lernen“, Langen Müller Verlag GmbH, 2026, 215 Seiten, 24,00 EUR

Eine liberale Weltwirtschaft schafft Wohlstand.



Dulce et decorum est ...

von Dr. Laurent Heisten



Dr. Laurent Heisten plädiert für eine konsequent liberale Friedensordnung und wendet sich gegen die zunehmende Normalisierung von Aufrüstung und Kriegsrhetorik. Mit Bezug auf Ludwig von Mises argumentiert er, dass Freihandel, wirtschaftliche Verflechtung, begrenzte Staatsmacht und eine restriktive Geldordnung langfristig mehr zum Frieden beitragen können als Militarisierung und staatliche Machtkonzentration. Dr. Laurent Heisten ist Rechtsanwalt (Luxemburg) und zweiter Vorsitzender des Hayek-Clubs Trier-Luxembourg e.V.. Außerdem ist Heisten Wissenschaftlicher Beirat des Javier Milei Instituts für Deregulierung in Europa

„Dulce et decorum est pro patria mori.“
Diese „alte Lüge“, um es mit den Worten von Wilfred Owen zu sagen, hat wohl Tausende, wenn nicht Millionen Menschen in den Krieg geführt. Jungen Menschen wird seit Jahrtausenden eingeredet, es sei ehrenhaft und ruhmreich, für das Vaterland zu sterben. Doch was soll daran ruhmreich sein, wenn Granaten einen menschlichen Körper zerfetzen? Was soll daran ehrenvoll sein, wenn junge Männer verstümmelt in Schützengräben verbluten?

Krieg scheint in unserer heutigen Zeit allgegenwärtig zu sein. Die Welt stolpert von einem militärischen Konflikt in den nächsten und findet oftmals keine Lösungen, um diese Konflikte zu beenden. Die Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten dominieren seit langem die Nachrichten und die Menschen gewöhnen sich an Bilder der Vernichtung und die Idee, dass Zivilisten Opfer von militärischer Gewalt werden.

Gleichzeitig versuchen Regierungen in Europa zunehmend, ihre Bürger auf einen möglichen Kriegsfall vorzubereiten. Kriegsrhetorik ist zur Alltagssprache geworden und jeder scheint sich mit Waffensystemen auszukennen. Selbst einst überzeugte Pazifisten sprechen mittlerweile von Aufrüstung und militärischer Stärke. Milliarden an Steuergeldern fließen in Waffen und Kriegsmaterial und selbst die bereits astronomischen Summen, die dem Militär zugestanden werden, scheinen nicht zu reichen.

Wagt man es in dieser Situation, die gegenwärtige Verteidigungspolitik zu kritisieren, wird man schnell als „Russlandfreund“ oder als realitätsfern abgestempelt. Dabei ist Kritik an der aktuellen Verteidigungs-, beziehungsweise Kriegspolitik durchaus berechtigt. Aufrüstung ist nicht alternativlos. Eine konsequent liberale Politik bietet vernünftige Alternativen, um Kriege zu verhindern oder zu beenden.

Doch was wäre eine tatsächlich liberale Haltung gegenüber dieser Entwicklung? Sollten Liberale, die sich für humanistische Werte einsetzen, sich in die Reihen der Kriegstreiber einordnen oder Widerstand gegen diese Entwicklung leisten?

Ein konsequent verstandener klassischer Liberalismus ist nicht mit Militarismus vereinbar, sondern bildet vielmehr die Grundlage einer dauerhaften Friedensordnung. Freiheit, freiwillige Kooperation und wirtschaftliche Offenheit schaffen langfristig mehr Sicherheit als Aufrüstung, staatliche Machtkonzentration und interventionistische Politik.

In diesem Zusammenhang sollte auf Ludwig von Mises verwiesen werden:

„Während laissez faire die Ursachen internationaler Konflikte beseitigt, führen Regierungseingriffe in die Wirtschaft und Sozialismus zu Konflikten, für die keine friedliche Lösung gefunden werden kann. Während im Rahmen des Freihandels und

der Migrationsfreiheit kein Individuum über die territoriale Größe seines Landes besorgt ist, hat unter den protektionistischen Maßnahmen des wirtschaftlichen Nationalismus fast jeder Bürger ein erhebliches Interesse an diesen territorialen Fragen. Die Erweiterung des Territoriums, dass der Souveränität seiner eigenen Regierung untersteht, bedeutet für ihn eine wesentliche Verbesserung oder zumindest Befreiung von Einschränkungen, die ihm eine ausländische Regierung auferlegt hat. Was den beschränkten Krieg zwischen königlichen Armeen in einen totalen Krieg, den Kampf der Völker gegeneinander, verwandelt hat, sind nicht Eigenheiten der Kriegsführung, sondern das Verdrängen des Laissez-faire-Staates durch den Wohlfahrtsstaat.“

Der klassische Liberalismus ist seinem Wesen nach pazifistisch und humanistisch. Auch wenn Pazifismus heute nicht im gesellschaftlichen Trend liegt, sollten Liberale sich davon nicht einschüchtern lassen. Freiheit und Frieden sind untrennbar miteinander verbunden. Das eine kann ohne das andere nicht dauerhaft existieren. Wer in Freiheit leben möchte, muss sich für Frieden einsetzen. Wer in Frieden leben möchte, muss sich für Freiheit einsetzen.

Diese Verbindung zwischen Freiheit und Frieden ergibt sich unmittelbar aus dem humanistischen Menschenbild des Liberalismus. In einer Weltanschauung, in der jeder Mensch die gleichen Rechte besitzt, darf es nicht sein, dass bestimmte Menschen dazu auserkoren werden, als Kanonenfutter zu dienen. Es ist zutiefst unmenschlich, junge Menschen in Kriege zu schicken, obwohl man weiß, dass viele von ihnen das Schlachtfeld niemals lebend verlassen werden. Wieso stehen die, die über Kriege entscheiden, nicht in der ersten Reihe an der Front?

Die Kriegsherren, die weit entfernt vom

Schlachtfeld in ihren Büros sitzen, haben leicht reden. Es ist unwahrscheinlich, dass ihnen auf ihrem Bürostuhl ein Arm von einer Explosion abgerissen wird. Wie skrupellos müssen Politiker sein, wenn sie den Tod junger Menschen bewusst in Kauf nehmen und gleichzeitig wissen, dass ihr Krieg nichts nützt?

Aus dieser moralischen Kritik am Krieg ergibt sich die entscheidende politische Frage: Welche gesellschaftlichen und institutionellen Bedingungen fördern Frieden statt Gewalt? Eine konsequent liberale Politik wäre das wirksamste Mittel, um Kriege zu verhindern, wohlwissend, dass „[d]er Liberale[...] nicht darauf [ausgeht], den Krieg durch Sittensprüche und Predigten abzuschaffen. Er sucht in der Gesellschaft Bedingungen zu schaffen, die die Kriegsursachen beseitigen.“

Zentralbanken und Kriegsfinanzierung

Kriege sind nicht kostenlos. Sie verschlingen Unsummen an öffentlichen Geldern, die auch für Infrastruktur, die Stabilisierung der Sozialversicherung oder die Zukunft eines Landes hätten eingesetzt werden können. Da die Staatskassen heute meistens leer sind, wird Aufrüstung mit neuen Schulden – im modernen Politjargon spricht man von „Sondervermögen“ (um Schulden als „Vermögen“ zu bezeichnen braucht man schon einen sehr kuriosen Sinn für Humor) – finanziert.

Ein zentraler Faktor ist also die Finanzierung moderner Kriege. Wenn man Krieg führen möchte, braucht man Unsummen an Geld. Wenn das Geld zur Kriegsführung fehlt, druckt man einfach frisches Geld. Folglich könnten Kriege verhindert oder zumindest zeitlich begrenzt werden, wenn Staaten nicht unbegrenzt Geld drucken könnten. Ohne Zentralbanken und Fiatgeld würden Staaten wesentlich schneller an ihre finanzielle Grenzen stoßen, wodurch Kriege aus finanziellen

Gründen beendet werden müssten, da Staaten nicht grenzenlos Steuern erheben oder Schulden anhäufen können.

Der Erste Weltkrieg hätte vermutlich keine vier Jahre gedauert, wenn die kriegführenden Staaten den Goldstandard nicht aufgegeben hätten. Erst durch die Möglichkeit, ungedecktes Papiergeld zu schaffen und sich massiv zu verschulden, konnten Regierungen den Krieg über Jahre hinweg finanzieren – mit der Folge, dass Millionen Menschen starben.

Viele Leben hätten gerettet werden können, wenn Staaten nicht die Möglichkeit gehabt hätten, Kriege durch inflationäre Geldpolitik künstlich zu verlängern. Zentralbanken dienten historisch häufig dazu, staatliche Kriegsfinanzierung zu ermöglichen, und auch heute noch werden sie indirekt für diesen Zweck genutzt. Kein moderner Staat könnte sich dauerhaft einen Krieg leisten, wenn er ihn ausschließlich durch reale Steuereinnahmen finanzieren müsste.

Man stelle sich vor, wie friedlich eine Welt wäre, in der Staaten nicht unbegrenzt Schulden machen und Geld aus dem Nichts erschaffen könnten.

Doch Frieden entsteht nicht allein durch finanzielle Begrenzungen staatlicher Macht. Ebenso entscheidend ist die Frage, wie eng Gesellschaften wirtschaftlich miteinander verflochten sind.

Freihandel statt Aufrüstung

Der Liberalismus setzt auf Freihandel statt auf Aufrüstung. Wenn Völker durch Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Arbeitsteilung miteinander verbunden sind, sinkt die Wahrscheinlichkeit militärischer Konflikte erheblich. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat gezeigt, dass wirtschaftliche Kooperation Länder zusam-

menführt und Kriege vermeiden kann. Seit nunmehr mehr als 80 Jahren kooperieren westeuropäische Staaten friedlich miteinander, was außergewöhnlich ist, schaut man sich die europäische Geschichte an.

Wenn ein Bauer aus Kasachstan seinen Weizen an einen Müller in Russland verkauft, dieser sein Mehl an einen Bäcker in der Ukraine weitergibt und der Bäcker sein Brot schließlich an Kunden in Polen verkauft, dann haben weder der Kasache noch der Russe noch der Ukrainer noch der Pole ein Interesse an Krieg. Sie alle sind auf Frieden angewiesen, um ihre Geschäfte fortzuführen und ihren Wohlstand zu sichern. Krieg würde sie daran hindern und ihre Lebensgrundlage abschaffen.

Je enger die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Nationen sind, desto geringer wird die Gefahr militärischer Konflikte. Gerade deshalb erscheint es widersprüchlich, wenn politische Parteien, die sich einst dem Pazifismus verschrieben haben, Freihandelsabkommen ablehnen. Auch wenn Freihandel bekanntlich keine Abkommen braucht, sind solche Abkommen zu begrüßen, da sie ein erster, richtiger Schritt in Richtung Friedensschaffung sind.

Wer tatsächlich Frieden schaffen will, muss wirtschaftliche Kooperation fördern. Folglich kann festgehalten werden, dass Freihandel nicht bloß ein ökonomisches Konzept, sondern eine friedensstiftende Ordnungsidee ist. Wirtschaftliche Zusammenarbeit schafft gegenseitige Abhängigkeiten – und damit starke Anreize für Stabilität und Frieden. Der, der seinen Handelspartner angreift, schafft die Grundlage seines eigenen Wohlstands ab.

Neben wirtschaftlicher Verflechtung spielt jedoch auch die Struktur politischer Macht eine entscheidende Rolle. Denn selbst wirt-



schaftlich verbundene Gesellschaften bleiben gefährdet, wenn Staaten über weitreichende Machtmittel verfügen.

Der Staat und die Logik des Krieges

Krieg braucht starke Staaten. Kriege werden nicht von gewöhnlichen Menschen geführt, sondern von Staaten organisiert. Je größer und mächtiger ein Staat ist, desto größer ist auch seine Fähigkeit und Bereitschaft, Krieg zu führen.

Ein Minimalstaat, dessen einzige Aufgabe darin besteht, die Grundrechte seiner Bürger zu schützen, hat keine Anreize, Angriffskriege zu führen. Warum sollte er auch? Benötigt ein Staat Rohstoffe oder Güter aus einem anderen Land, kann er diese durch Handel beziehen.

Krieg wird oft dann geführt, wenn Regierungen von innenpolitischem Versagen ablenken wollen. Wenn die Aufgaben des Staates jedoch auf den Schutz individueller Rechte begrenzt sind, sinkt auch die Wahrscheinlichkeit politischen Größenwahns und militärischer Abenteuer.

Der interventionistische Wohlfahrtsstaat führt Kriege, meist dann, wenn die eigenen Ressourcen nicht reichen, um die Bevölkerung weiter mit Gütern der Wohlfahrt zu bedienen. Staaten versuchen dann neue Gebiete mit natürlichen Ressourcen zu erobern. Hierbei muss jedoch angemerkt werden, dass oftmals das eigene Versagen dazu führt, dass verfügbare Ressourcen nicht sinnvoll eingesetzt werden. Staatlicher Interventionismus führt stets zu Ressourcenverschwendung. Russland verfügt vermutlich über die größten natürlichen Ressourcen der Welt und dennoch ist dieses Land keine Wirtschaftsmacht, was daran liegt, dass die Wirtschaft sich nicht frei entwickeln konnte und der Staat zu viel Einfluß hat und zu stark auf Nepotismus

beruht. Hätte Russland sich für ein kapitalistisches System entschieden, wäre es heute vielleicht die größte Wirtschaftsmacht der Welt. Ein ähnliches Fazit kann für Venezuela, das Land mit den größten Erdölreserven der Welt, bezogen werden. Sozialismus und die dazu gehörige Planwirtschaft führen zur allgemeinen Verelendung der Bevölkerungen, innenpolitischen Krisen und folglich zum Drang Kriege zu führen, um vom innenpolitischen Versagen abzulenken und neue Ressourcen zu erschließen, auch wenn Letztere durch Planwirtschaft ungenutzt bleiben.

Kriege sind an Absurdität nicht zu übertreffen. Im Laufe der Jahrtausende sind Millionen Menschen durch Kriege umgekommen, ohne dass das Nutzen für die meisten Völker oder Staaten gehabt hätte. Was ist beispielsweise von den französischen Eroberungskriegen geblieben? Frankreich hatte zeitweise halb Europa und die halbe Welt unter Kontrolle und beschränkt sich heute auf ein kleines Territorium in Europa und einige Überseegebiete, wobei seine Wirtschaft kränkelt. Wofür also die ganzen Kriege und Eroberungen?

Ein Staat kann keinen erfolgreichen Eroberungskrieg führen, denn um neue Ressourcen tatsächlich erschließen zu können, muss er die Menschen in der eroberten Territorien unterdrücken. Unterdrückte Menschen sind aber nicht produktiv, wodurch die Ressourcen nicht genutzt werden. Lässt man den Menschen in der eroberten Gebieten aber eine absolute Freiheit im Rahmen eines kapitalistischen Systems, werden sie sich gegen den Eroberer auflehnen, wodurch die Eroberung selbst gefährdet wird. Hier beißt die Katze sich also in den Schwanz.

Wenn der freie Fluss von Kapital, Waren und Dienstleistungen nicht besteht, dann müssen diese Güter durch Eroberung mittels Kriegsführung herbeigeführt werden. Deshalb ist Freihandel die beste Methode, um Kriege

zu verhindern. Freihandel geht zwangsläufig einher mit der Bewegungsfreiheit von Menschen.

In einer freiheitlichen Weltordnung könnten Menschen sich dort niederlassen, wo sie möchten. Es gäbe folglich weniger Gründe, Territorien gewaltsam erobern zu wollen. In diesem Zusammenhang ist Immanuel Kant erwähnenswert, der in seiner Schrift Zum ewigen Frieden das Prinzip der Hospitalität formulierte. Menschen sollen sich friedlich begegnen und miteinander handeln können – allerdings ohne daraus einen Anspruch auf politische oder kulturelle Dominanz abzuleiten, beziehungsweise ein Gastrecht einzufordern.

Ein friedliches Zusammenleben der Völker entsteht nicht durch Zwang, sondern durch Freiheit, gegenseitigen Respekt und freiwillige Kooperation.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich schließlich ein umfassenderes Verständnis des Liberalismus: nicht bloß als Wirtschaftsmodell, sondern als politische und moralische Friedensordnung.

Liberalismus als Friedensordnung

Wir Liberale sollten daher den Mut haben, offensiv für unsere Grundwerte einzutreten. Auch wenn Kriegsrhetorik derzeit Hochkonjunktur hat, dürfen wir uns nicht einschüchtern lassen. Der Liberalismus bietet Antworten darauf, wie Kriege verhindert und bestehende Konflikte entschärft werden können.

In einer liberalen Ordnung würden nicht hunderte Milliarden Euro für Waffen und militärische Aufrüstung verschwendet. Dieses Geld bliebe stattdessen bei den Menschen, die es erwirtschaftet haben. Viele Menschen arbeiten hart und müssen einen großen Teil

ihres Einkommens in Form von Steuern an den Staat abgeben, damit dieser Waffen kaufen kann.

Würden die Menschen weniger Steuern zahlen, könnten sie dieses Geld nutzen, um ein Haus zu kaufen, eine Familie zu gründen oder in ihre Zukunft zu investieren. Stattdessen fließen enorme Summen in Waffenprogramme und militärische Projekte – also letztlich in Instrumente der Zerstörung.

Es stellt sich daher die Frage, wie viele Steuerzahler tatsächlich damit einverstanden sind, dass ihr Geld zur Finanzierung von Kriegen verwendet wird – und damit indirekt zur Verstümmelung und Tötung junger Menschen beiträgt.

Hinzu kommt, dass ein Teil dieser Gelder in Staaten fließt, die als hochgradig korrupt gelten. Dennoch scheint jede kritische Nachfrage unerwünscht zu sein. Doch gerade in einer freien Gesellschaft muss es erlaubt sein, unbequeme Fragen zu stellen: Wird dieses Geld tatsächlich zur Verteidigung eingesetzt – oder verschwinden Teile davon in dunklen Kanälen?

Eine liberale Gesellschaft lebt von Debatte, Skepsis und der Bereitschaft, staatliches Handeln kritisch zu hinterfragen. Gerade in Zeiten zunehmender Militarisierung ist diese Haltung wichtiger denn je.

Es muss verstärkt auf Diplomatie gesetzt werden und man sollte stets daran denken, dass die Feinde von heute die Verbündeten von morgen sein können. Wer hätte kurz nach den Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs gedacht, das Deutschland einmal ein Verbündeter anderer europäischer Staaten und der Vereinigten Staaten von Amerika wird, und das kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs? Erinnern wir in diesem Zusammenhang an die Worte von Papst Leo XIV:



„Die Anderen sind nicht zuerst unsere Feinde, sondern unsere Mitmenschen; sie sind keine Verbrecher, die man hassen muss, sondern Männer und Frauen, mit denen wir sprechen können.“

Wir brauchen in der heutigen Zeit vermehrt Menschen, die Brücken bauen und auf Dialog setzen. Aufrüstung und Kriegsrhetorik bringen uns in eine Gewaltspirale, aus der wir vielleicht nicht mehr glimpflich rauskommen. Die aktuellen Entwicklungen sind gefährlich und könnten jederzeit in einem Dritten Weltkrieg enden. Auch hier kann noch einmal auf den Papst, der vor einem Jahr sein Amt mit einem Aufruf zum Frieden angetreten ist, verwiesen werden:

„Wir leben in einer Zeit bemerkenswerter geistiger und kultureller Blindheit. Ein falscher Pragmatismus ermutigt uns, die Wurzeln der Erinnerung zu kappen, als ob es möglich wäre, eine Art „neue Schöpfung“ zu begründen, die von der Vergangenheit losgelöst ist. Auch diejenigen, die sich auf große moralische Prinzipien berufen, können diesem historischen Nihilismus verfallen und sich der Illusion hingeben, dass sich die Gräueltaten des 20. Jahrhunderts nicht mehr wiederholen können. In Wirklichkeit tauchen dieselben Dynamiken unter neuen Formen wieder auf. Die Logik des militärischen Gleichgewichts und der Abschreckung scheint sich wieder durchzusetzen. Doch im Gegensatz zum bipolaren Szenario des Kalten Krieges macht die Vielzahl der Akteure und Konfliktlinien diese Logik heute zunehmend fragil.“

Weiter heißt es in der Enzyklika Magnifica Humanitas:

„Hinter all dem steht ein falscher „Realismus“, der nicht nur auf der vorherrschenden Logik der Stärke beruht, sondern auch auf kulturellen und anthropologischen Überzeugungen,

als ob Krieg ein unvermeidlicher Bestandteil der menschlichen Natur wäre.“

Die Analyse spiegelt den Zustand der derzeitigen Gesellschaft wieder. Es scheint, als würden wir in der Gewissheit leben, dass bald wieder Krieg in Europa herrschen könnte. Die Gegner des Friedens haben das Sagen und drängen auf eine militärische Auseinandersetzung, vermutlich auch um vom eigenen politischen Versagen abzulenken, denn die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage in sämtlichen europäischen Staaten lässt zu wünschen übrig. Politiker klammern sich an ihre Macht und versuchen ihre gefährlichsten Gegner, sprich die Liberalen, zu diskreditieren.

Zitieren wir hier noch einmal Ludwig von Mises:

„Die Marktwirtschaft, die der Souveränität des einzelnen Verbrauchers unterliegt, stellt Produkte her, die das Leben des Einzelnen angenehmer machen. Sie entspricht dem Wunsch des Einzelnen nach mehr Komfort. Das ist es, was den Kapitalismus in den Augen der Gewaltapostel verabscheuungswürdig gemacht hat. Sie verehrten den „Helden“, den Zerstörer und Mörder und verachteten den Bourgeois und seine „Krämer-Mentalität“. Jetzt erntet die Menschheit die Früchte, die aus den Samen gereift sind, die diese Männer gesät haben.“

Hoffen wir, dass diese Worte nicht bald wieder einmal bittere Wahrheit werden. Der Wind wurde gesät und wir könnten bald den Sturm ernten. Dies kann noch abgewendet werden, wenn die europäische Politik sich endlich wieder auf die europäischen Werte berufen würde: Freiheit, Brüderlichkeit und Menschlichkeit.

Hayek auf YouTube

Vorträge. Diskussionen. Events.

Interessante, neue Beiträge auf YouTube!





GEDANKEN **SPRUNG**

Kolumne

„Radikal ist kein Schimpfwort“

Wer heute einen Menschen oder eine Idee „radikal“ nennt, will die Diskussion oft schon beenden, bevor sie begonnen hat. Radikal klingt nach gefährlich, unvernünftig, außerhalb dessen, worüber vernünftige Menschen überhaupt noch reden sollten. Das ist praktisch. Man muss sich mit dem Argument nicht mehr beschäftigen.

Dabei bedeutet radikal zunächst nichts anderes, als an die Wurzel zu gehen. Radix heißt Wurzel. Eine radikale Frage lautet deshalb nicht: Wie können wir ein bestehendes System noch ein wenig effizienter machen? Sondern: Warum gibt es dieses System überhaupt?

Warum entscheidet der Staat darüber? Warum nicht der Einzelne? Warum gibt es dieses Verbot? Warum diese Subvention? Warum dieses Monopol? Warum diese Behörde? Und ganz besonders: Wer trägt eigentlich die Folgen, wenn die gut gemeinte politische Lösung schlecht funktioniert?

Solche Fragen sind unbequem. Sie verschieben den Ausgangspunkt der Debatte.

Beim Sozialstaat diskutieren wir dann nicht mehr nur über Beitragssätze, sondern darüber, wie viel Verantwortung der Mensch für sein eigenes Leben tragen soll. Beim Geld fragen wir nicht mehr nur nach dem richtigen Zinssatz, sondern warum überhaupt eine zentrale Institution über das Geldsystem bestimmen muss. Bei der Meinungsfreiheit

geht es nicht mehr darum, welche Meinung gerade gesellschaftlich akzeptabel ist, sondern wer das Recht haben soll, darüber zu befinden.

Das heißt nicht, dass jede radikale Antwort richtig wäre. Auch die Kettensäge kann zum Fetisch werden.

Wer alles Bestehende allein deshalb beseitigen will, weil es besteht, verfällt demselben Konstruktivismus wie derjenige, der glaubt, Gesellschaft vom Ministerium aus neu entwerfen zu können. Liberalismus ist keine Lust an der Zerstörung. Er ist Misstrauen gegenüber angemaßter Gewissheit. Deshalb braucht Freiheit Realismus und Prinzipien.

Radikalität ohne Wirklichkeitssinn wird zur Ideologie. Pragmatismus ohne Prinzipien wird zur Verwaltung des Bestehenden.

Vielleicht liegt genau darin das Problem vieler politischer Debatten. Die einen halten jeden grundsätzlichen Einwand für extrem. Die anderen halten jeden Kompromiss für Verrat. Dazwischen verschwindet die eigentlich interessante Frage: Was dient einer Ordnung freier Menschen?

Ron Paul wurde jahrzehntelang als radikal bezeichnet. Vielleicht war er es tatsächlich. Nicht weil er politische Gegner vernichten wollte, sondern weil er bei einigen Fragen partout nicht bereit war, den Ausgangspunkt zu verschieben: Freiheit, Eigentum, Frieden, Eigenverantwortung.



Ralf M. Ruthardt

www.hayek.de